

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Bezugspreis monatlich 3,00 Gulden, wöchentlich 0,75 Gulden, in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 3,00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8. Spalte 1,40 Gulden, Restamette 2,50 Gulden, in Deutschland 1,40 und 2,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 286

Dienstag, den 8. Dezember 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigenannahme, Zeitungs-  
bestellung und Druckfachen 3290

## Die Ursprünge des Wirtschaftsprogramms des Senats.

Handelskammerpräsident Klamitter empfiehlt sich als alleiniger Sachverständiger.

Danzig, den 8. Dezember 1925.

Die Mahnung, die Sen. Gehl bei der Veröffentlichung der Senatsbeschlüsse über das geplante Sanierungsprogramm des Staats und der Wirtschaft in einer Pressekonferenz an die Vertreter der verschiedenen Parteien gerichtet hatte, die schwere Wirtschaftskrise Danzigs nicht parteipolitisch auszunutzen, ist gerade von denjenigen am wenigsten befolgt worden, die sich früher nicht genug in Schmähdungen gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer „verantwortungslosen Opposition“ und „parteidemagogischer Ausschaltung“ der schon seit zwei Jahren vorhandenen Wirtschaftskrise ergaben konnten. Trotzdem auch der frühere deutschnationale Senatspräsident Dr. Ziehm in der letzten Volkstagsführung angestrichelt nach der blamablen Rede seines Parteifreundes Gutzzeit in derselben Mahnung zur gemeinsamen Aufarbeitung erging, leistet sich gerade die deutschnationale „Danziger Allgemeine Zeitung“ in einer Besprechung des Senatsbeschlusses den Schwandel, daß unter der Linkregierung „der von der alten Regierung mit Energie und mit Erfolg betriebene Steuerabbau sich unterbrochen und bisher während ihrer fünfmonatlichen Regierung ganz ins Stocken geraten ist...“ „Jedenfalls hat die kurze Zeit Linkregierung Staat und Wirtschaft unendlich viel Schaden zugefügt“ schreibt das Organ des Bürgerfreundschafts Dr. Ziehm. So sehr nun auch bekannt ist, daß die Ziehm und Schwammann seit jeher mit der Dame Wahrheit keine engeren Beziehungen unterhalten haben, so hätte man doch nicht geglaubt, daß sie dieser bei den Gegnern der Deutschnationalen immerhin ganz anders geachteten Persönlichkeit so brutal die Tür gewiesen hätten. Nämlich: Der von der alten Regierung mit „Energie und Erfolg betriebene Steuerabbau“ ist purer Schwandel. Wir haben noch kürzlich nachgewiesen, daß gerade der ehemalige deutschnationale Vizepräsident Dr. Ziehm sich im Dezember 1924 noch ganz energisch gegen die damals von der Sozialdemokratie unter bedeutend besseren wirtschaftlichen Verhältnissen geforderte Aufhebung der Umsatzsteuer ausgesprochen hat. Plumper Schwandel ist es ferner, wenn in dem deutschnationalen Organ behauptet wird, daß der neue Senat bereits „fünf“ Monate an der Regierung sei, vom 19. August bis zum 7. Dezember sind noch nicht einmal vier Monate. Aber den Deutschnationalen müssen auch die gewagtesten Fabulierereien an ihrem Kaitationsbedürfnis verhalten.

Eigenartig muß es auch berühren, daß sowohl die liberale als auch die deutschnationale Presse die Maßnahmen des Senats deshalb kritisiert, weil sie zu spät kommen. Zeitlich ist doch die „Danziger Allgemeine Zeitung“ folgende Kritik:

„Die Maßnahmen des Senats kommen reichlich spät. Wenn der Herr Vizepräsident Gehl diese Verzögerung damit entschuldigt, daß das Geschäft erst aufgehoben werden könne, wenn es reif sei, so bedeutet das eine arge Verkennung der Aufgaben der Regierung zur Förderung der Wirtschaft und zur Befreiung der Wirtschaft drohenden Gefahren.“

Das schreibt das Organ derjenigen Partei, die während ihrer fünfjährigen Regierung sich nicht im geringsten um die Höhe der Wirtschaft gekümmert hat, die vielmehr noch im vorigen Jahr, als sich die Krise in Danzig bereits sehr scharf bemerkbar machte, gegenüber der Kritik der Linksparteien erklären ließ, daß zu einer Verurteilung der Wirtschaft keine Veranlassung vorliege, daß sich vielmehr alles in Kürze zum besten wenden werde und daß deshalb der Senat keine besonderen Maßnahmen ergreifen brauche. Ist die deutschnationale Presseanstellung auch bei der demagogischen Einstellung dieser Partei verständlich, so ist dagegen die Kritik der „Danziger Zeitung“ und um so unverständlicher. Da heißt es:

„Will der Senat damit die Meinung vertreten, daß es der Wirtschaft seit der Währungsstellung noch nicht hinreichend schlecht ergangen ist, als daß eine Stützungsaktion hätte früher unternommen werden können? Die Wirtschaftsorganisationen, die amtlichen Vertretungen der Wirtschaft haben keine Gelegenheit verkannt, um warnend ihre Stimme zu erheben. Die Worte stülte als Protest gegen die Verhinderung der letzten und verteuern wirkenden Devisenumtausch ihre Notierung ein. Die Wirkung blieb aus.“

Diese Kritik hant deshalb völlig daneben, weil sie den jetzigen Senat für die Unterlassungsünden des vorigen Senats verantwortlich macht. Der neue Senat hat seit seinem Bestehen angestrengt daran gearbeitet, die Danziger Wirtschaft wieder flott zu machen. Das er daran zu einem großen Teil gehindert wurde durch die unglückselige Erbschaft, die die Deutschnationalen hinterlassen hatten (man denke nur an den Postkonflikt), ist nicht seine Schuld. Immerhin hat er die durch den früheren Senat abgebrochenen für das Danziger Wirtschaftsleben äußerst wichtigen Verhandlungen mit Polen wieder in Fluß gebracht und zum Beispiel bei dem Reichspolizisten-Abkommen einen Erfolg erzielen können, der den Deutschnationalen als Senatspartei unmöglich war. Die geforderte Aufhebung der Devisenumtauschsteuer haben gerade die Deutschnationalen im Senat abgelehnt, während der jetzige Senat sich zu ihrer Aufhebung bereit erklärt hat, sobald er einen Erlaß durch das geplante Tabakmonopol geschaffen hat.

Wie skrupellos verschiedene Wirtschaftskreise und besonders auch natürlich die Deutschnationalen in ihrem Haß und Agitationsbedürfnis gegen den jetzigen Senat sind, zeigt ihre Hege gegen den bekannten Preisentwurf des Senats. Da werden von allen möglichen karawänischen Organisationen große Protestschreiben losgeschleudert. Diejenigen Geschäft- und Handwerkerkreise aber, gegen die sich der Senatsentwurf richtete, haben kein länderlich geschwiegen. Sie mußten sehr wohl, welche reiches Material gelegentliche polizeiliche Feststellungen darüber ergeben hatten, wie sehr sie die Konjunktur beim Verkauf der wichtigsten Lebensmittel, wie Brot und Fleisch, benutzten. Den Gipfelpunkt der Demagogie erklimmt auch hier wieder das deutschnationale Organ, indem es schreibt:

„Die „Einwirkung auf die Gestaltung der Preise“ will offenbar dasselbe sagen, wie die famose Preisentwurfaktion des Senats. Erstaunlich ist, daß es die Regierung „befremdet“, daß diese Aktion in der Bevölkerung Empörung hervorgerufen hat. Sie hat nichts genutzt und kann auch nichts nützen, Preisentwürfe erreicht man weder durch Polizeimaßnahmen, noch durch Reglererlasse. Die Bevölkerung hat sich über den Erlaß auch nur lustig gemacht.“

Wahrscheinlich weiß der deutschnationale Artikelschreiber nichts davon, daß im benachbarten Deutschen Reich gerade sein Parteigenosse, der deutschnationale Innenminister Schiele, vor einigen Monaten einen ähnlichen Preisentwurfentwurf herausgab, und daß in den verschiedensten Großstädten Deutschlands auf Geheiß desselben Herrn Schiele einige Hundert Bäder- und Metzgerläden geschlossen wurden, weil sie eben so gemindert haben sollten, wie verschiedene ihrer Kollegen in Danzig. Die Preisentwurfentwürfe, die sich aber über den Senatsentwurf nur lustig gemacht haben, sollte der Senat durch scharfe Bestrafung ihrer Verbrechen das Lachen gründlich austreiben.

Wo alles haßt, kann Klamitter allein nicht leben! Der Danziger Handelskammerpräsident hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß er nützlich neben dem Staatswagen herläuft, so daß selbst seine eigenen Parteifreunde, die Deutschnationalen ihn nicht für einen Senatsstiefel für würdig genug erachteten. Das hinderte ihn bekanntlich nicht, den neuen Senat als das „Volkswirtschaftsregiment“ in Danzig zu erklären. Nunmehr äußert er sich auch höchst eigenartig zu dem Wirtschaftsprogramm des Senats wie folgt:

„Ich darf auf das bedenkliche Zeichen hinweisen, daß der jetzt befundene gute Wille des Senats nicht neben der

Wirtschaft, sondern mit ihr den Staat zu regieren sowohl vor der Preisentwurfaktion als auch vor der Aufstellung dieser Leitlinie nicht in Erscheinung getreten ist. Ich habe vor kurzem darauf hingewiesen, daß die Handelskammer (Herr Klamitter) gerade weil sie die schweren Notstände vorausah, die jetzt erst nach längerer Beobachtung dem Senat offenbar geworden sind, sich immer wieder und wieder dem Senat angetragen hat, um gangbare Wege für die Bänderung der Not mitzubringen.“

Herr Klamitter ist mit der vom Senat beabsichtigten Hinzuziehung der Wirtschaftsvereinigungen als sachverständige Berater durchaus nicht einverstanden. Was unter Vereinigungen der Wirtschaft zu verstehen sei, bedarf nach Herrn Klamitter bestimmter Aufklärung. Die Wirtschaftsorganisationen der Arbeitnehmer, an deren Hinzuziehung zu Beratungen der Senat sicherlich auch gedacht hat, kommen für Herrn Klamitter nämlich nicht in Frage, da sie besonders „wirtschaftsfeindliche Strömungen“ hegen. Als einzige kompetente Organisation sieht Herr Klamitter die Handelskammer, d. h. sich selbst an. Wie dieses sachverständige Gutachten aussehen wird, spricht Klamitter schon jetzt aus, indem er betont, daß es sich unter Umständen auch negativ zu Regierungsvorschlägen stellen könne. Was Herr Klamitter darunter versteht, ist ja bekannt. Sein Rettungsprogramm besteht ausschließlich in einer größeren Vertiefung und Verschärfung der Danziger Arbeiterschaft. Solch ein Programm ist natürlich für eine Regierung, an der auch die Sozialdemokratie beteiligt ist, gänzlich unannehmbar.

Jedenfalls zeigen diese wenigen Stichproben, wie wenig die Deutschnationalen und die hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise gewillt sind, die Warnung des Sen. Gehl gegen die parteipolitische Ausschaltung der jetzigen Wirtschaftskrise zu beherzigen. Mag auch manches an dem Programm des Senats zu kritisieren sein, die oben wiedergegebene Kritik der Opposition zeigt jedenfalls, daß ihr an einer sachlichen Mitarbeit bei der Wiederaufrichtung Danzigs aus der Katastrophe nichts gelegen ist.

## Hindenburg fordert die Mitregierung der Sozialdemokratie.

Darob große Enttäuschung im Lager der Deutschnationalen über den „Retter“.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing im Laufe des Montags die Führer der Fraktionen des Reichstags (mit Ausnahme derer der kommunistischen und der völkischen Fraktion) zu Einzelgesprächen über die politische Lage und die Frage der Kabinettsbildung. Für die sozialdemokratische Fraktion erschienen die Abgeordneten Hermann Müller und Dittmann, für die der Deutschnationalen die Abgeordneten Graf Westarp und Thomsen, für das Zentrum die Abgeordneten Dr. Marx und Dr. Well, für die Deutsche Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Curtius, für die Demokraten die Abgeordneten Dr. Koch und Erkelenz, für die Wirtschaftliche Vereinigung die Abgeordneten Dreiwitz und Mollath und für die Vaterländische Volkspartei der Abgeordnete Leigt. — Der Reichspräsident gab den Fraktionsvertretern gegenüber seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß er angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Winters die Bildung der „Großen Koalition“ für wünschenswert erachte, sofern sich hierfür ein gemeinsames Arbeitsprogramm erreichen ließe. Er nahm hierzu die Meinung aller erschienenen Fraktionsvertreter entgegen und bat die für die Große Koalition in Betracht kommende Fraktionen, in der eigenen Partei wie im gegenseitigen Benehmen die Frage der Bildung dieser Koalition sowie der Arbeitsgrundlagen für dieselbe zu klären und ihm das Ergebnis alsbald mitzuteilen. Die Fraktionsvertreter werden bis spätestens Donnerstag dem Herrn Reichspräsidenten ihre Entschließung bekanntgeben.

Aus dieser amtlichen Mitteilung ergibt sich, daß frühestens am Donnerstagabend mit der Erteilung eines Auftrages zur Neubildung der Regierung durch den Reichspräsidenten zu rechnen ist. Die Fraktionen dürften bis dahin auf Grund der für Mittwoch zu erwartenden interfraktionellen Besprechungen ihre Entschließungen fassen. Es ist jedoch noch fraglich, ob sie bereits zu einer endgültigen Entscheidung bis Donnerstagabend in der Lage sein werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird am Mittwoch sofort nach der Plenarsitzung gemeinsam mit dem Parteiausschuß zu der politischen Lage Stellung nehmen und dann dem Reichspräsidenten die gewünschte schriftliche Mitteilung über ihre Auffassung in der bis dahin möglichen Form zukommen lassen. Eine selbständige Entscheidung des Parteiausschusses, der am Dienstag im Reichstag tagt, war nie beabsichtigt und ist auch nicht zu erwarten.

Ein Fortschritt in bezug auf die Lösung der Krise ist vorläufig darin zu erblicken, daß die Deutsche Volkspartei sich bereit erklärt hat, über die Bildung der Großen Koalition jetzt wenigstens in Verhandlungen einzutreten. Sie zu führen, dürfte zunächst in erster Linie Sache des Zentrums und der Demokraten sein. Die Sozialdemokratie als größte Fraktion des Reichstags lehnt ihrerseits Verhandlungen natürlich nicht ab, aber es scheint nach allen Erfahrungen doch mehr als zweifelhaft, ob die Volkspartei in der Lage ist, die zu einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung erforderlichen sachlichen und persönlichen Garantien in einem Maße zu gewährleisten, das innerhalb der Sozialdemokratie befriedigt.

### Die Deutschnationalen gegen Hindenburg.

Als am Montag bekannt wurde, daß Reichspräsident von Hindenburg auf die große Koalition hinrebe, wurde die gesamte Reichspresse von Heulen und Zähneklappen erfüllt. Zu ihrer Not bekräftigt sie einfach, was Tatsache war. Als „Retter“ haben sie Herrn von Hindenburg ihren Wählern empfohlen und jetzt müssen sie erleben, daß der Retter bei der ersten Regierungskrise, die er zu lösen hat,

die Sozialdemokraten ersucht, sie möchten doch das Volk aus der Wirtschaftskrise, in der es sich nach zehn Monaten Rechtsregierung befindet, retten helfen. Der „Vorwärts“ sagt zu dieser Zumutung: „Die Sozialdemokratie kann an Rettungsversuchen sich nur dann beteiligen, wenn die Rettungsmethoden, die man anwendet, den Massen des arbeitenden Volkes nach ihrer Ueberzeugung wirklich Hilfe versprechen. Mit den Sozialdemokraten kann man nicht den innerpolitischen Kurs forcieren, den man bisher mit den Deutschnationalen zusammen verfolgt hat.“

Die Deutschnationalen aber hängen geradezu um diesen Kurs. Ihre Hoffnung bleibt nun, und das zusammen sie zu ihrer eigenen Veruhigung immer wieder hinaus, die Unmöglichkeit, ein gemeinsames Arbeitsprogramm auf der Basis der großen Koalition aufzustellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ und auch die „Kreuzzeitung“ geben dieser Unmöglichkeit erst heute wieder Ausdruck. Der Wunsch Hindenburgs, die Sozialdemokratie in die Regierung einzubeziehen, ist ihnen, nachdem er jetzt amtlich festgelegt ist, mehr als unangenehm. Die faulsten Ausreden müssen zu seiner Begründung herhalten.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt zu den gestrigen Verhandlungen: „Reichspräsident Hindenburg hat sich also für die große Koalition ausgesprochen, sofern sich dafür ein gemeinsames Arbeitsprogramm erreichen läßt. Er hat seinen Vorschlag mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Winters begründet. Diese Auffassung ist natürlich nicht so zu verstehen, als sei der Reichspräsident der Ansicht, daß nur die große Koalition imstande sei, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Vielmehr geht der Reichspräsident von der zutreffenden Ansicht aus, daß angesichts der Gefahren unserer wirtschaftlichen Lage die Regierung einer festen Grundlage bedarf und deshalb der Versuch gemacht werden muß, eine parlamentarische Mehrheit zur Unterstützung der kommenden Regierung zu gewinnen. Nachdem die Deutschnationalen die bisherige Rechtskoalition verlassen und eine Kampfanlage gegen die Außenpolitik des Kabinetts Dr. Luther gerichtet haben, bleibt die große Koalition als die einzige Möglichkeit einer Mehrheitsregierung übrig. Aus dieser Situation erklärt sich der Wunsch des Reichspräsidenten, daß man zunächst versuchen müsse, eine solche Mehrheitsgrundlage zu schaffen.“

### Böherbundsrat und griechisch-bulgarischer Konflikt.

Der Böhmerbundsrat befaßte sich am Montag mit dem griechisch-bulgarischen Zwischenfall. Der bulgarische Außenminister Kalfos und der griechische Außenminister Nemis verteilten in längeren Reden die Haltung ihrer Regierung und die Entschuldigungsverforderungen. Die komitatrische und ihre revolutionäre Tätigkeit in Mazedonien sind nach den Ausführungen Kalfoss nur griechische Phantasiereprodukte, während sie nach der griechischen Auffassung das Leben der mazedonischen Bevölkerung beständig bedrohen. Der griechische Vertreter beantragte, zur Festsetzung der Geldentschädigung Griechenlands an Bulgarien vom Haager Schiedsgerichtshof ein Gutachten darüber anzufordern, ob die Untersuchungskommission beide Parteien gleichmäßig angehört habe.

Der Präsident der Untersuchungskommission, der englische Gesandte Rumbold, erklärte, daß die Kommission einstimmig zu ihren Feststellungen gelangt sei und sie nach beiden Seiten hin aufrechterhalten müsse. Dann gaben die Vertreter Bulgariens und Griechenlands noch kurze Erklärungen ab. Anschließend ergänzte der Rat auf den Wunsch Chamberlains als Berichterstatter den zukünftigen Ausschuss durch ein bulgarisches und japanisches Mitglied. Er soll die Einzelheiten des Untersuchungsergebnisses prüfen und an den Rat Anträge stellen.

## Ein französischer General für deutsch-französische Verständigung.

Der als einer der mutigsten Vorkämpfer des Pazifismus in Frankreich bekannte General Verain veröffentlichte am Sonntag in der „Volonté“ einen Artikel, in dem er die sehr beachtliche Auffassung vertritt, daß die seit Vocarno von den Staatsmännern Frankreichs und Deutschlands immer wieder beteuerte platonische Bereitschaft zur Verständigung nicht genüge, um eine wahre Versöhnung zwischen den beiden Völkern herbeizuführen, sondern konkrete Voraussetzungen, deren Erfüllung in erster Linie bei der französischen Regierung liege. Die wichtigste Bedeutung sei, daß man entschlossen einen Strich unter die Vergangenheit ziehe und aufhöre, sich gegenseitig der schlimmsten Absichten zu verdächtigen. Beide Regierungen müßten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Verleumdungskampagne der nationalistischen Parteien ein Ende machen und alle Kundgebungen der Feindschaft und des Hasses, die die Beziehungen der beiden Völker aufs neue zu verärgern suchten, unterdrücken. In London habe Briand im Anschluß an die Unterzeichnung der Verträge der Ostbahn Ausdruck gegeben, daß die Bemühungen der internationalen Solidarität fördern und auf diese Weise dazu beitragen würde, die von Misträuen und Argwohn diktierten Vorurteilmaßnahmen verschwinden zu lassen. Hierzu gehöre in erster Linie die Besetzung des Rheinlandes, deren Fortdauer unvereinbar sei mit dem Geiste von Vocarno und vom Gesichtspunkt der militärischen Sicherheit aus vollkommen zwecklos sei. Eine wirkliche Verständigung zwischen den beiden Völkern sei weiter nicht möglich, solange die Legende von der Mitschuld Deutschlands am Kriege nicht aus der Welt geschafft werde. Tatsächlich sei durch die bisher veröffentlichten diplomatischen Dokumente unzweifelhaft bewiesen, daß eine der Hauptursachen des Krieges der Wunsch des nationalistischen Frankreichs gewesen sei, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen, was nach Lage der Dinge nur mit Waffengewalt geschehen konnte. Die Pflicht einer demokratischen französischen Regierung, die wirklich die deutsch-französische Verständigung und Versöhnung wolle, sei es deshalb, selbst die Initiative zur Revision des Artikels 231 des Friedensvertrages zu ergreifen. Unvereinbar mit dem Geiste der Verständigung sei es endlich, daß man in Frankreich den Tag der Niederlage und des Zusammenbruchs Deutschlands als nationalen Feiertag feiere. Der Gehaß der Solidarität verlange, daß das Fest der Wiederherstellung des Friedens in Deutschland und Frankreich feierlich begangen werde und sich zu diesem Zwecke die Regierungen auf einen in beiden Ländern zu einem Nationalfeiertag zu proklamierenden Datum einigten. Als geeigneten Tag schlägt Verain den 8. November vor.

### Zusammentritt der Reparationskommission.

Wie der „Temp“ berichtet, wird die Reparationskommission am Sonnabend zusammentreten, um von dem detaillierten Bericht Kenntnis zu nehmen, den der Generalagent für die Reparationszahlungen während des ersten Jahres seiner Tätigkeit unterbreiten werde. Die erste Annuität in Höhe von einer Milliarde Goldmark sei zu den vorgezeichneten Bedingungen und zu den vorgeschriebenen Fristen bezahlt worden. Zu gleicher Zeit würden die Berichte des Treuhänders für die Industrieobligationen und der drei Kommissare für die Eisenbahngesellschaft, die Reichsbank und die überjähigen Einünfte publiziert werden.

### Geheime Militärkonvention zwischen Polen und der kleinen Entente.

Polnischen Blättermeldungen zufolge ist in Bukarest von militärischen Delegierten Polens und der Staaten der kleinen Entente eine Konvention unterschrieben worden, die in ihrem offenen Teil die Frage des Transports von Waffen, Munition und Kriegsmaterial regelt, im übrigen aber geheimgehalten wird. Die rumänische Presse deutet an, daß für die Förderung eines einheitlichen Vorgehens der beteiligten Generalstäbe im Friedens- und im Kriegszustand Sorge getragen wird.

Die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen. Nach dem die Unterzeichnung des Vocarno-Abkommens zuletzt noch zu heftigen Ausfällen gegen Deutschland geführt hatte, lenkt die Sowjetpresse nunmehr in ein ruhigeres Fahrwasser ein. Die beiden führenden Blätter Moskaus, die „Iswestija“ und die „Pravda“, veröffentlichten kurze Leitartikel, in denen im Gegensatz zu dem bisher betonten unbedingten Misträuen der Standpunkt vertreten wird, daß Deutschland es doch bis zu einem gewissen Grade in der

Hand habe, gute Beziehungen zum Sowjetbunde weiter zu pflegen. Das Vocarno-Abkommen bleibt allerdings für beide Blätter nach wie vor das Resultat einer feindseligen Minorität zur Isolierung Moskaus. Deutschland aber könne die drohende Gefahr einer Entfremdung doch erheblich abschwächen, wenn es aus der Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit Sowjetrußland (die im deutschen Reichstage bei den Handelsvertragsdebatten von allen Parteien ausgehen worden sei) die richtigen Schlüsse ziehe. Die Sowjetblätter geben auch der Hoffnung Ausdruck, daß die nächste deutsche Reichsregierung sich dieser Erkenntnis ebenfalls nicht verschließen werde.

### Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Das Ratifikationskomitee, das das Arbeitsprogramm für den vorbereitenden Ausschuss zur Einberufung der Abrüstungskonferenz ausarbeiten soll, hat gestern vormittag unter Vorsitz des französischen Ratifikationsmitgliedes Paul Boncour seine Arbeiten abgeschlossen. Paul Boncour wurde beauftragt, dem Völkerbundsrat Bericht über die Fragen zu unterbreiten, die das Arbeitsprogramm des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz darstellen, sowie über die Lösung, die durch das Ratifikationskomitee für die Zusammenlegung und das Funktionieren des vorbereitenden Ausschusses gefunden worden ist.

### Französische Zurückweisung der Friedensbedingungen der Druzen.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Damaskus hätten die Franzosen die Friedensbedingungen der Druzen zurückgewiesen und nach inoffiziellen Berichten hätten 2000 Druzen in der Nähe von Damaskus und beabsichtigten einen Angriff. Angesichts dieser Bedrohung sei nach 6 Uhr abends jeder Verkehr in den Straßen von Damaskus unterbunden. An wichtigen Punkten der Stadt seien Barrikaden errichtet worden. Außerdem zeigten sich besonders im Maidanviertel plündernde Banden.

### Der Restbestand der Völkerbundsanleihe für Oesterreich.

Das Ratifikationskomitee des Völkerbundes hat vorgeschlagen, daß die 218 Millionen Goldkronen, die den Restbestand der Völkerbundsanleihe für Oesterreich darstellen, der österreichischen Regierung für produktive Zwecke zur Unterstützung von Landwirtschaft und Industrie zur Verfügung gestellt werden sollen.

Entschädigung für deutsche U-Boot-Schäden. Die deutsch-amerikanische Entschädigungskommission hat über die letzten der 101 Schadenschadensprüche zu entscheiden, die wegen der Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania“ im Sommer 1915 durch ein deutsches U-Boot-Geschick wurde. Sie hat im ganzen 240 000 Dollars Entschädigung bewilligt. Für andere U-Boot-Schäden wurden 18 150 000 Dollars ausgerechnet.

Das Passivum für die Schweiz. Die Schweiz hat Deutschland, Oesterreich und Italien vorgeschlagen, gegenseitig auf das Passivum zu verzichten, soweit es sich um die Einreise zum Eintritt einer Stellung handelt.

Eröffnung der neuen Sessionsperiode in Washington. Die neue Sessionsperiode des Kongresses begann heute in einer formellen Sitzung, worauf die Vertagung auf morgen vorgenommen wurde, wo die Lotischast Coolidges an den Kongress teilnehmen wird. Coolidge wird der Sitzung nicht persönlich beizuwohnen.

gab und diese als eine ungeheure Spinne schilderte, die das Blut und die Säfte des arceidenden Menschen aussaugt. Ueberall entbehrte die strömenden Quellen der Leidenschaft, sand Litanen, große Herzen, aus Granit geformte Seelen, und in denen das Feuer der Legierde glüht, großzügig zugeschnittene Statuen, ungeheure Kräfte, reizende Farben, lebendigen Glanz. Seine Schöpfungen entziffen dem Munde der polnischen Landeskunst, der Erde des polnischen Bauern das Siegel des ewigen Schweigens. Raum läßt sich von irgendeinem anderen Schriftsteller das behaupten,



## Stanislaus Stanislaus Reymont †.

Von Dr. J. Heinsdorf.

In der Sonnabend-Nacht ist, wie wir bereits kurz meldeben, der am 6. Mai 1868 geborene polnische Dichter Stanislaus Reymont verschieden.

Ein Autodidakt, in der Bauernfamilie geboren, ein Schlosserlehrling, später ein kleiner Bahnbeamter, trieb sich der Verblühen mit einer Wandertuppe solange auf dem Lande herum, bis ihn die Ruhe packte. Er ließ sich in Warschau nieder, wo er lange dem literarischen Elend ausgesetzt war, aber er hielt durch. Das Leben kannte er nicht aus den hochherzlichen Gemächern, sondern aus dem Volke, dessen Eigentümlichkeit in dem polnischen Boden wurzelte.

Nach Jeronimi, welcher die polnische Seele durchleuchtete, ging mit Reymont ins Grab der Schöpfer des vernünftigen Lebens, der Form, der Wirklichkeit und des Bodens, in dem die Instanz der Rasse ihre Wurzeln haben und in dem die Quellen der nationalen Seele strömen. Im Gegensatz zu Jeronimi hat sich Reymont in die polnische Wirklichkeit nicht hineingebettet, er hat sie weder analysiert noch sondiert. Vielmehr hat er sich mit ihr unmittelbar vereinigt, sie mit allen Sinnen gefühlt, empfunden und bewegten alle ihre Zustände sprachlos wiederzugeben.

Als ein Sohn der Epoche, in der die herrschende literarische Methode der Naturalismus war, bezieht er einen Ruf für die Subjektivität, für die Formen, für die Farben, Linien und den realen Hintergrund. Aus dem Naturalismus herausgehend blieb Reymont jedoch kein Knecht der Methode. Nicht das Bemerkte der Tatsachen, sondern das Fühlen und Empfinden ihres Wesens war für ihn Grundlage aller Gestaltung.

Auf diese Weise näherte sich Reymont dem künstlerischen Impressionismus. Die reale Welt gab ihm in allen Einzelheiten kräftige Eindrücke. Stenkiwicz suchte die hebblichen Dichtergehalten in der Vergangenheit und in der Fremde — Reymont fand sie in der gegenwärtigen Welt, in den Niederungen des Lebens, im Boden selbst, in der primitiven Rinde der ländlichen Bevölkerung („Chlopi“ — Die Bauern), in der Seele des am Schreibtisch gesessenen Beamten („Marzyciel“ — Der Tränker), hinter den Kulissen des Provinzialtheaters, aber im großen Maß der Kleinhäufigkeit. Es schien, als ob Reymont über Polen herumspazierte und überall unbekannte, Lieber hinter einem Hebel verstaubte Lebenswirklichkeiten entdeckte. So warbete er nach Lody, nach dem polnischen Randgebiet, schaute fast um nach jenseit dem Wert „Lody“, das gelobte Land“, in dem er trotz der von der russischen Zensur angelegten einigen tausend Jahren ein ganz neues, vielteiliges Bild der modernen Zukunft

was man mit reinem Schiffe über Reymont sagen kann — er war ein Federkünstler. Seine Feder hatte wirklich die Begabung, Farben und Linien hervorzuheben, die kaum die Plastik auszubilden vermog. In seinen Werken ist das organische Leben der polnischen Rasse, der Rhythmus ihres Falles, das Lieb der polnischen Natur verewigt worden. In seiner mit dem Nobelpreis gekrönten Trilogie „Chlopi“ (Die Bauern) hat er ebenso den Rhythmus des polnischen Volkstums wie der Naturentwicklung erfaßt.

Und war Jeronimi der große Idealkünstler, ein Mensch von eigenen Wahrheiten, der Traumfabrik des jaialen Polens, so war Reymont der Formkünstler, der Kämpfer, der Spender geistigen Genusses. Das war es eben, was ihn in der Augenwelt Jeronimi gegenüber Leborenge und ihm den Nobelpreis zuführte. In dem literarischen Kriege des „Jungen Polens“ war damals die Meinung verbreitet, daß Jeronimi der Spender für den Nobelpreis wäre. Sogar die polnische Regierung, die bei Jeronimi vertretene jaialen Ideen nicht anerkennen waren, fand es damals für angebracht, Jeronimi

## Die Sejmantlösung weitergefordert.

Der Haupttrat der radikalen Bauernpartei „Kujawolent“ hat in seiner Tagung am Sonntag nach Anhören eines Referates über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage Polens einstimmig zwei Entschlüsse angenommen, von denen die erste, die Unfähigkeit des jetzigen Sejm feststellend, die Sejmfraktionen auffordert, sich nach wie vor unermüdet für die Auflösung des Sejm einzusetzen und die zweite Entschluß betont, daß die Mitarbeiter der Arbeitergruppen mit den Vorliedern des Großbüßes die Entwicklung der Demokratie untergräbt, die Kultur hemmt, die nationalen Minderheiten verbittert und den wirtschaftlichen Niedergang der polnischen Bevölkerung beschleunigt. Es wird bezweigt von der Parteiaktion in Sejm verlangt, einen Block sämtlicher zur Regierung in Opposition stehenden Abgeordneten, darunter auch die nationalen Minderheiten, anzustreben.

## Gewaltmethoden im italienischen Journalistenverein.

Sonntag versammelte sich in Rom der Generalrat des italienischen Journalistenvereins. Nach der Rechnungslegung reichte der bisherige leitende Ausschuss, der ausschließlich aus Mitgliedern der Opposition bestand, seine Entlassung ein, die auch angenommen wurde. Es wurde ein neuer sachliche leitender Ausschuss ernannt, der seine Zustimmung zum Eintritt in die sachliche Gewerkschaft erteilte. Sämtliche Journalistenvereine wurden aufgefordert, die Mitglieder des früheren leitenden Ausschusses, die während der Abstimmung den Saal verlassen hatten, aus ihren Mitgliederlisten zu streichen.

## Schießerei nach einer Teubmalweihe.

In Sprenghagen bei Storlow in der Mark kam es nach einer Teubmalweihe zu einer schweren Schießerei, in deren Verlauf drei Personen verletzt wurden. Der Bäckermeister Gehle aus Sprenghagen wurde so unglücklich getroffen, daß er seinen Verletzungen im Krankenhaus erlag. Die Vermutungen der beiden anderen Betroffenen sind leichter Art. Der Grund zu der Schießerei ist in politischen Meinungsverschiedenheiten zu suchen.

Das Mannheimer Nationaltheater gefährdet. Der Intendant des Mannheimer Nationaltheaters, das für das laufende Spieljahr bereits ein Defizit von einer Million aufzuweisen hat, hat am Sonntag in einem Brief bekanntgegeben, daß vorerst keine Verträge erneuert werden könnten, da der Fortbestand des Theaters gefährdet sei.

Nach zehnjähriger Kriegsgefangenschaft ermordet. Ein deutscher Kriegsgefangener aus dem Dorfe Dholen im Kreise Döbeln ist nach der Rückkehr aus zehnjähriger Kriegsgefangenschaft in Sibirien verschwunden. Es wird angenommen, daß der Kriegsgefangene in seiner Heimat das Opfer eines Mordes geworden ist. Die Frau des Ermordeten hatte sich während der langjährigen Abwesenheit ihres Mannes wieder verheiratet. Holzhammerinnen haben seine Leiche im Walde gefunden.

Amerikanische Schiffsahrtshilfe gefordert. Das amerikanische Schiffsahrtshilfe bringt in einem Jahresbericht darauf, daß der Kongreß der Schiffsahrt, insbesondere der Frachtschiffsahrt eine staatliche Unterstützung in irgendeiner Gestalt zubilligt, um die weitere Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine sicherzustellen. Die Verluste der staatlichen Handelsflotte in dem am 30. 6. abgeschlossenen fiskalischen Jahr betragen 30 Millionen Dollar gegenüber 41 Millionen Dollar im Vorjahre.

Verbesserungen im Luftverkehr. Durch den Abschluß der Vocarno-Verträge dürften die bisherigen Hindernisse für den Luftverkehr zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland entfallen. Hierdurch wird auch eine bedeutende Erleichterung für die Luftverbindungen Prag-Frankreich eröffnet. Es ist ferner die Errichtung einer neuen Linie Teplitz-Prag-Trick geplant, die Teplitz an die reichsdeutsche Linie anschließt.

Das „Heilige Jahr“ wird verlängert. Wie aus dem Vatikan verlautet, beabsichtigt der Papst, das „Heilige Jahr“ um sechs Monate zu verlängern und der ganzen Christenheit auch ohne den Besuch Roms seine Wohltaten angedeihen zu lassen. Die ausländischen Katholiken haben absondern nur im Laufe des ersten Halbjahrs 1925 vierzehn Tage lang einmal täglich die Kathedrale ihrer Bischofsstadt und drei weitere von der geistlichen Behörde bezeichnete Kirchen zu besuchen und zu kommunizieren. Im Laufe des Dezember wird der Papst eingehende Bestimmungen über diesen, der Gesandtschaft auch anderer Päpste entsprechenden besonderen Gnaden-erlaß bekanntgeben.

für diese Zurücklegung ein Äquivalent in Form einer Wohnung im sogenannten königlichen Felderpalais einzuräumen, eine Ehre, die bisher noch keinem Privatmann in Polen zuteil wurde.

Nach Stenkiwicz ist der Verlust Reymonts nicht nur für Polen unerträglich, sondern auch für die ganze Kulturwelt sehr fühlbar.

## Das Rücktrittsgesuch Jahnners abgelehnt.

Der Kultusminister zur Verständigung bereit.

Der Kultusminister hat dem Intendanten des Staatstheaters, Professor Jahnner, in einem Briefe mitgeteilt, daß er das von Jahnner eingereichte Entlassungsgesuch nicht annehmen könne. Damit bleibt Jahnner Intendant des staatlichen Schauspielhauses. Ursache seines Rücktrittsgesuches war bekanntlich die „frühe Entlassung“ Schillings gewesen, und er hatte mit dieser Solidaritätserklärung gegen die ganze Form, die man gegenüber einem Künstler von solchem Range für angebracht gehalten hätte, protestieren wollen.

Inzwischen ist der Minister selber zu der Ansicht gelangt, daß der Schritt, den man ihm angeraten hatte, falsch und einem Mann wie Schilling gegenüber unzulässig gewesen ist, und indem er den Wunsch zu erkennen gegeben hat eine für Schilling ehrenvolle Verständigungsbasis zu finden, hat er bereits konstatiert, daß er an dem ursprünglichen Beschluß nicht festhalte. Professor Jahnner hat auch endgültig auf die Übernahme des ihm angebotenen Intendantenpostens in Hamburg verzichtet. Wir hoffen, daß nun auch die Angelegenheit Schillings in einer für den Künstler annehmbaren und für die Kunst erspriesslichen Weise geordnet werden wird.

Paul Rechs „Erde“. Im Neuen Schauspielhaus in Königsberg kam Paul Rechs „Erde“ unter der Regie des Intendanten Fris Jahnner zur Aufführung. Das Stück ist eine Art Dramatisierung des Aufstandes, die Freund und Feind und selbst die Separatisten mit sympathischer Objektivität behandelt. Fast jeder Akt ist ein Drama für sich. Die Schwierigkeiten der Inszenierung (der erste Akt spielt auf einer Bergwerksohle) waren glänzend bewältigt. Die Aufführung wurde stark applaudiert.

Es neue Theater in Amerika. Im Laufe des letzten Jahres wurden in den Vereinigten Staaten 66 Verträge für Theaterneubauten abgeschlossen. Die Bautkosten sind auf annähernd 2 Millionen Dollar veranschlagt worden.

Danziger Nachrichten

Vor-Weihnachten in der Langgasse.

Ein, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, liebe, kleine Kinderlein... einander fest in die Arme gefaßt, schlängeln sich wie eine Kette durch die Menschenflut der Langgasse Bürgersteige.

Lachendes Kinderempöten und enger zusammen eilen die Kinder weiter. „Gerrgott!“ rufft einer vornehmen Dame, die sich gerade nach Frau Sanitätsrats neuem Hut umgedreht hat.

Gilge Ladenmädchen und Bankboten, Dirnen und Zubehälter, Taschen- und Tagebuche, Arbeiter und Studenten, bummelnde Liebespaare, Matrosen und Jücker, Senatoren und Konsulatsherren, Dialekte und Sprachen, die Kinderkette teilt sich nicht, hemmt sich lebendig gegen die ausweichenden Bäume und spaltet, wohin sie sich wendet und dreht, lachend den Menschenstrom mitten entzwei.

„Feste! Feste!“ röhren die Kleinen. Chauffeure ziehen die Hebel hoch, Kutscher reißen die Zügel stramm und lachend hüpfen die Kinder über den Straßendamm. Ein junges Ehepaar, sie mit Brüsten, die zehn Kinder nicht schlaf kriegen, er mit einem klugen Schädel, der hundert Hände Brot schenken kann, beobachten den Zugzug des Hundes am Vorbis.

„Gut, Harro!“ Da hat das gezeichnete Tier sich auch schon in der Kinderkette verfangen. „Verdammte Schweinecrei!“ schreit der Herr, und sucht die Schlinge um die Kinderbeine zu lösen. „Verfluchte Dumm!“

Die Kinder biegen sich vor Lachen und laufen weiter. „Hört mal!“ sagt eines der schmachtigen Kleinen, „was haben wir eigentlich für morgen aus der Bibel auf? — Ich hab's vergessen!“ — „Aus Markus, 9. Kapitel“, schnatterten die anderen und drei bobbelten laut in die Menge: „Fünf Sprüche bis Wer eines der Kleinen Vergerniß gibt in meinem Namen, dem wäre besser ein Mühlenstein am Hals und in die Tiefe des Meeres verrent!“

Mit offenen Händen steht ein alter Bettler am Tor. Die Kinder leben ihn: „Sieht der nicht aus mit den Loden wie ein Hirte aus Bethlehem? Doch genau wie die armen Hirten! Na, jetzt doch, die Loden?“ Will eine die fünf überzeugen und sie bringen dem Alten ein Butterbrot... und eilen ganz voll Weihnachtsglück und Freude nach Haus.

„Gib! Gib! Gib!“ schrien die Spägen den Bettler an, der schlüpfend in einer Seitengasse verschwand.

E. P. Piezgen.

Die Sparjamkeit im Senat.

Die Staats sollen um 25 Prozent gekürzt werden.

Der neue Senat ist bekanntlich eingehend damit beschäftigt, eine Einschränkung aller Staatsausgaben durchzuführen. Die Herausgabe des Etats hat sich deshalb in diesem Jahre stark verzögert. Auf eine diesbezügliche im Volkstag gestellte kleine Anfrage gibt er jetzt folgende bemerkenswerte Auskünfte:

Es ist richtig, daß im Jahre 1924 die Haushaltspläne für die freie Stadt Danzig dem Volkstag früher vorgelegt worden sind als dies in diesem Jahre bisher der Fall gewesen ist. Die Gründe hierfür liegen in der immer enger und schwieriger gewordenen Finanzlage. Infolge der zur Erleichterung der Wirtschaftslage gewährten starken Steuer- und Zollkündungen sind die Einnahmen schleppend; die mit der Entwertung des Blots zusammenhängende Senkung der Zolltarife bringt

harte Ausfälle bei den Zöllen;

die Aufwendungen für soziale Zwecke sind wegen der bedrohlich zunehmenden Erwerbslosenziffer sehr in die Höhe gegangen. Bei keinem Haushaltsplan ist bisher der Ausgleich so schwierig gewesen, wie er in diesem Jahre ist. Der Senat hat sich daher dazu entschließen müssen, zunächst mit aller Rücksichtslosigkeit die von den einzelnen Verwaltungen eingereichten Haushaltsvoranschläge

in den Ausgaben zu reduzieren.

Als das noch nicht die genügenden Ergebnisse erzielte, sind die sämtlichen Etats den Verwaltungen zurückgegeben worden mit nachstehendem Erlaß:

Die in der Senatssitzung vom 20. d. Mts. eingehend erörterte Aufstellung eines vorläufigen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 auf Grund der bisherigen Abschlässe der Einzelstaats-Entwürfe hat ergeben, daß bei Stadt und Staat sich infolge von Mindereinnahmen und von Mehrausgaben im Gesamtetat

ein Fehlbetrag von vielen Millionen

zeigt, den auszuscheiden eine völlige Unmöglichkeit ist. Eine Abhilfe muß in erster Linie, da eine Erhöhung der Steuerlasten gegenwärtig ausgeschlossen erscheint, durch stonungslos betriebene Sparjamkeit und durch Abträge bei den Ausgaben versucht werden.

Wie in einem auf stark geminderte Einnahmen angewiesenen privaten Haushalt muß zurzeit auch in den öffentlichen Verwaltungen die Bemessung der Ausgaben sich nach den reduzierten Einnahmen richten und vermindert werden, bei einer auf das notwendigste Maß eingeschränkten Wirtschaftsführung geordnete Finanzen unter Entbehrungen zu bewahren.

Bei dieser Sachlage bleibt nur übrig, die bereits vorgelegten Staatsentwürfe, auch soweit sie schon im Senat beschlossen sind, den einzelnen Verwaltungen wieder zuzustellen, damit sie im Einvernehmen mit der Finanzabteilung einer nochmaligen Durchsicht mit dem Ziele der irgend möglichen Herabsetzung des Aufschußbedarfs unterzogen werden.

Um wirklich durchgreifende Ersparnisse zu erreichen,

muß dabei folgendes durchgeführt werden:

a) Alle laufenden Ausgaben sind, soweit sie nicht auf Gesetz oder rechtlicher Verpflichtung beruhen, auf 75 Prozent der Ansätze des Etats 1925 zu bemessen

Abweichungen sind nur zulässig, wenn durch die Minderung der Ausgaben Folgen zu erwarten sind, die das Leben und die Gesundheit von Menschen gefährden können.

Was der Untersuchungsausschuß feststellte.

Die Anklagen des Exenators Jewelowki. — Der Bericht des Untersuchungs-Ausschusses.

Wie bereits mitgeteilt, liegt jetzt über die vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Sachen der Anklagen Jewelowki angestellten Untersuchungen endlich ein abschließender Bericht vor. Die Untersuchungsaktion zerfällt bekanntlich in vier Teile: Der Bericht gibt bei jedem Teil einen historischen Überblick über die Entwicklung der Angelegenheit, welcher zur Unternehmung führt und gibt dann das Für und Wider der Zeugenaussagen wieder. Wir bringen hiermit folgende kurze Auszüge aus dem Bericht:

Das Abkommen zwischen dem Senatspräsidenten Sahn und Polen.

Wie der Senator a. D. Jewelowki als Zeuge in dieser Frage vor dem Untersuchungsausschuß bekundet hat, sieht er in diesem Abkommen eine Preisgabe von Danziger Rechten und Hoheitsrechten und zwar darin, daß unter Abänderung des Warschauer Wirtschaftsabkommens Danzig infolge des Genfer Abkommens gezwungen sei, schon bei Beginn der Zollverhandlungen diejenigen Vorschriften zu erfüllen, die Polen erlassen hat und daß Danzig erst nachträglich ein Weidwerderecht habe. Nach dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 bildeten die polnische Zollgesetzgebung und die polnischen Zollvorschriften zwar die Grundlage der Zollgemeinschaft, nachdem vom Senatspräsidenten Sahn in Genf getroffenen Abmachungen seien aber die Danziger Zollbeamten angehalten, „Anweisungen“, die nicht als Zollgesetze oder Zollvorschriften in diesem Sinne aufzufassen seien, restlos zu erfüllen.

Die sozialdemokratische Partei sah eine Preisgabe von Hoheitsrechten ebenfalls als vorliegend an. Nach dem Genfer Abkommen sind die Beamten der Danziger Zollverwaltung jetzt auch den Weisungen der polnischen Zollverwaltung unterstellt, während sie nach dem Warschauer Abkommen nur ausschließlich den Weisungen und der Dienstaufsicht des Danziger Senats unterstellt waren. Jewelowki hat auch ausgesagt, daß Polen zu Entgegenkommen in dieser Streitfrage vor Abschluß dieses Genfer Abkommens bereit gewesen wäre, wenn der Danziger Senat nicht unliebsame Personen mit der Leitung der Zollverwaltung betraut hätte. Senatspräsident Sahn sagte aus, daß er es ablehne, die Unterstellung oder Abiegung Danziger Beamten zu einem Handelsgeschäft mit Polen zu machen. Das Genfer Abkommen enthalte keine Preisgabe von Hoheitsrechten, sondern nur eine Auslegung bestehender Verträge. Jewelowki habe dem Senat in dieser Frage Vorschläge unterbreitet, die weiter gingen als sein Abkommen. Professor Roe hat bekundet, daß der Leiter der Zollverwaltung bei den Polen unbeliebt war und daß man zu Verhandlungen nicht unbeliebte Personen entsende. Auch Stadtrat Benz stand auf diesem Standpunkt, war aber der Ansicht, daß zwischen Danzig und Polen schwerwiegende sachliche Differenzen obwalten und die Enttarnung eines Beamten nicht das ausschlaggebende Moment sei.

Die Verpfändung von Domänen.

Die Präsident Sahn im Volkstag und Senator Volkmann als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt haben ist es auf Grund der Vereinbarung mit der Reichsbank nur vorübergehend auf kurze Zeit zur Verpfändung einer für die Stadt auf einer einzigen Domäne eingetragenen Eigentümergebundschuld gekommen, da die im Revers erwähnte Rückzahlung nicht rechtzeitig erfolgte. Später sind jedoch, die bei der Reichsbank aufgenommenen Darlehne zurückgezahlt und die Verpfändung aufgehoben.

Wesentlich zur Unternehmung war allein die Frage, ob der Senat durch diese Aufnahme von Geld und die erfolgte Verpfändung die Verfassung verletzt habe. Die sozialdemokratische Partei hat durch ihren Sprecher am 8. Mai 1924 im Volkstag erklären lassen, daß der Senat als oberste Landesbehörde das Eigentum und die Einkünfte des Staats zu verwalten, die Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der Verfassung, also im Rahmen der Weisung und des Staatshaushaltsplanes zu machen hat. In keinem Weisung ist der Danziger Regierung die Genehmigung erteilt worden, sich Einnahmestellen auch nur vorübergehend gegen Verpfändung von Staatsgut zu verschaffen. Daher war diese Verpfändung eine gesetzwidrige Handlung.

Der damalige Senat stand gegenüber dieser Auffassung auf dem Standpunkt, daß er zwar nach der Verfassung zur

b) Ausgaben für Aufwendungen einmaliger Art haben im Etat 1926 grundsätzlich zu unterbleiben und müssen auf künftige Zeiten verwiesen werden.“

Der Senat wird sich in der Erkenntnis, daß gerade für das nächste Staatsjahr eine rechtzeitige Herabminderung der Haushaltspläne von allergrößter Bedeutung ist, die mögliche Beschleunigung angelegen sein lassen. Infolge der geschichtlichen Umstände kann aber für das kommende Staatsjahr leider nicht mit einer früheren Vorlegung der Haushaltspläne als bis etwa Mitte Januar gerechnet werden.

Erneuter Rückgang des Blotkurzes.

Nachdem sich der Blot nach dem letzten Refordkurs, wobei er einen Tiefstand von 46 Danziger Pfennigen erreichte, gut erholt und in Danzig schon mit 70 Pfennige notiert war, ist jetzt wieder eine Rückwärtsbewegung zu verzeichnen. Während der Blot gestern an der Danziger Börse 68 Pfennige notierte, wurden in Warschau für Dollarnoten amtlich 8 Blot und nichtamtlich 9,35-9,40 Blot verlangt, was einer Parität von 84 bzw. 55 Pfennige entspricht. Heute verlangte man an der Danziger Börse gegen 1/2 Uhr 62 Pfennige für den Blot bei einer sogenannten sehr sauren Tendenz. Scheinbar liegt dem Sturze doch eine tiefere Ursache als die Spekulation zugrunde.

Bernunft für Nichtsamts-Entscheidungen.

Ein deutschnationaler Antrag forderte die Angliederung der Nichtsamtsämter an die Amtsgerichte. Dieser Antrag ist im Seidlungsamt in mehreren Sitzungen besprochen worden. In einem Gutachten hatte das Nichtsamtsamt sich gegen eine derartige Reform ausgesprochen und eine Reihe von Gründen hiergegen angeführt. Der Senatsvertreter sprach sich auch gegen die Angliederung der Nichtsamtsämter an die Amtsgerichte aus, ebenso die Koalitionsparteien. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen der zweite Teil des Antrages, welcher die Schaffung einer Vernunftsamtsämter für die Entscheidungen des Nichtsamtsamtes fordert, einstimmig angenommen.

Ein Jubiläum der Arbeit. Heute lang der Stellwerksmeister Karl Grimm, Danzig, Hauptbahnhof, auf seine 47jährige Dienzeit zurückblicken.

Aufnahme einer Anleihe eines Gesetzes bedarf, nicht aber zur Aufnahme einer schwebenden Schuld. In der neuen deutschen Verfassung sei zwar vorgesehen, daß für derartige finanzielle Akte ein Gesetz erforderlich sei, nicht aber nach der Danziger Verfassung, die hierin mit der alten preussischen Verfassung übereinstimme.

Genfer Währungsabkommen und Währungsaktredit.

Jewelowki hatte als Zeuge insbesondere dem Senator Volkmann den Vorwurf gemacht, daß er die Öffentlichkeit darüber im Unklaren gelassen habe, da es sich bei dem Währungsaktredit nicht um einen Bankredit, sondern um einen Kreditakt gehandelt habe. Die Aufgabe von Hoheitsrechten liege darin, daß der diplomatische Vertreter Polens durch das Abkommen mit Polen gewisse Aufsichtrechte für die Bank von Danzig erhalten habe. Daß ferner die Bank von England der freien Stadt Danzig vorgeschrieben habe, in welcher Weise sie das Statut der Bank einrichten müßte. Es seien noch manche Hoheitsrechte aufgegeben worden, über die man erst entscheiden könne, wenn dieses bisher geheime Abkommen vorgelegt werde. Danzig hätte aus eigener Kraft eine Währung schaffen können. Nach den Aussagen der Zeugen der Volkmann, Bankdirektor Schöde, Kaufmann Leo Neumann und Direktor Weigner von der Bank von Danzig sei kein Irrtum vorhanden gewesen, daß es sich um einen Kreditakt gehandelt habe.

Die Sozialdemokratische Partei hatte bei dieser Frage die Vorlage der Währungsaktredit verlangt. Trotz Beschluß des Volkstages auf Vorlage der Akten einem Untersuchungsausschuß, der gemeinsam mit Senatsvertretern die Akten durchsehen sollte, war vom Senat nicht stattgegeben worden. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten damals erklärt, daß ihnen dadurch jede Möglichkeit gegeben sei, die Angelegenheit einwandfrei zu prüfen und sie hatten an den Sitzungen des Ausschusses während der Behandlung dieser Frage nicht mehr teilgenommen.

Die Verschlebung der „Die Danzig“.

Jewelowki hatte bei der Ueberführung der ehemaligen westpreussischen Feuerzollerei, einer früheren preussischen Verwaltung an ein privates Konjunktum den Vorwurf der Verschlebung erhoben, wodurch die freie Stadt Danzig geschädigt worden sei. Als Zeuge bekundete J., daß die 120.000 Dollar, welche die Provinzial-Genossenschaftsbank als Entgelt für die Ueberlassung der Aktien zu zahlen gehabt habe, nur in Verpfändungsaktredit bezahlt worden seien, ohne daß dieses in der Bilanz zum Ausdruck kam. Die 100.000 Dollar, die zum Zwecke der Eintragung der Kapitalerhöhung dem Registrator nachgewiesen werden mußten, seien tatsächlich nicht bar eingezahlt worden. Auch die später erfolgte Kapitalerhöhung sei größtenteils nicht in bar erfolgt, sondern in unliquiden exotischen Werten. Die Hauptfrage sei aber, daß die Aktien der „Danzig“ auf Grund des Angebotes des Dr. Kauf vom 15. Mai 1920 dem Freistaat ohne Gegenleistung hätten übertragen werden müssen.

Während der Zeuge Kette bekundete, daß die 100.000 Dollar tatsächlich zur Verfügung gestanden hätten, ebenfalls Direktor Heidenfeld von der Diskontogesellschaft, waren die früheren Direktoren der Westpreussischen Feuerzollerei, Junk. Dr. Niehus sowie Dr. Peißler, anderer Ansicht. Letzterer bekundete, daß mit den überwiesenen Werten nichts anzufragen gewesen sei. Diese Personen traten dann auch aus der Leitung der „Die Danzig“ zurück. Die Zeugen Heide, jetziger Generaldirektor der „Danzig“, und Twissel, jetziger Direktor der „Danzig“ sagten aus, daß alles in vollster Ordnung gewesen sei. Sahn und Volkmann bekundeten, daß kein Geld vorhanden gewesen sei, die Aktien zu übernehmen und daß nach Ablauf der Frist für Annahme des Angebotes auf Uebernahme der Aktien dem Freistaat kein Rechtsanspruch auf die Aktien mehr zugehört hätte.

Von diesem Bericht hat der Untersuchungsausschuß in seiner letzten Schlussitzung genehmigend Kenntnis genommen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion zu dem Antrage der deutschliberalen Fraktion bei Punkt 2 und 3 erklärt, daß kein Antrag vorlag, die Lauterkeit und Geschicklichkeit der Verhandlungen anzuzweifeln, zugestimmt hat, so tat sie dieses lediglich, um einen Mehrheitsbeschluß bei dem gesamten Abschluß der Angelegenheit zu erzielen. Ihre Stellungnahme zu diesen beiden Punkten ist in diesem Bericht zum Ausdruck gekommen und auch bestehen geblieben.

Neuregung der Schornstein-Reinigung.

Die Gruppe der Deutsch-Danziger Volkspartei hatte eine große Anfrage über die Zustände im Schornsteinkehrwesen eingebracht. Diese große Anfrage war dem Seidlungsamt zur Beratung überwiesen worden. Dort kam einstimmig zum Ausdruck, daß das jetzige System des Kehrweizens nicht haltbar sei. Meister mit 2 Gehilfen ernährten sich lediglich von der Tätigkeit ihrer Weisellen, während sie früher selbst mitarbeiteten. Aus diesem Grunde würden auch die Schornsteinkehrgebühren verteuert. Während der Vertreter der Deutschsozialen Partei, Abg. Harnau, eine Entschließung einbrachte, in welcher die Zwangskehrbezirke aufgehoben und die freie Tätigkeit im Kehrwesen eingeführt werden sollte, brachten die Koalitionsparteien eine Entschließung ein, nach welcher der Senat ersucht wurde, den Umfang der Zwangskehrbezirke ganz erheblich zu vergrößern und somit die Zahl derselben erheblich zu vermindern. Die Entschließung Harnau wurde abgelehnt, dagegen die Entschließung der Koalitionsparteien fast einstimmig angenommen.

Eine Danziger Tabakfabrik in Konkurs. Am 3. Dezember ist über das Vermögen der Firma „Kismet“, Aktiengesellschaft, Zigarren- und Tabakfabrik in Danzig das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter ist der Kaufmann John Sejerdt ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1926 bei dem Amtsgericht in Danzig anzumelden. Der Prüfungstermin ist auf den 16. Februar 1926 anberaumt worden. Das Unternehmen wurde seinerzeit unter Firma Danziger Tabakfabrik „Kismet“, A.-G., gegründet. Die Generalversammlung vom 16. Dezember 1924 änderte den Namen der Firma und stellte das Grundkapital, am 31. Dezember 1924 betrug es 200 Millionen Papiermark, auf 25.000 Gulden um. Schon die erste Bilanz per 31. Dezember 1924 wies einen Verlust von 9239,20 Gulden aus.

Berwässerte Milch verkauft. Der Fuhrmann August Krest aus Zankwitz, Kr. Danzig, brachte am 21. Juli 1925 in Zankwitz Milch in den Verkehr, die er mit Wasser verdünnt hatte, indem er auf 100 Teile Milch 10 bzw. 25 Teile Wasser hinzusetzte. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde er rechtskräftig mit 100 Gulden bestraft.

## Aus dem Osten

### Forschungen über das Frische Haff.

In einem Vortrag des Universitätsprofessors Oberflächener Dr. Wille-Königsberg in der Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft zu Göttingen sprach dieser über „Die hydrographischen und biologischen Verhältnisse des Frischen Haffs“. Prof. Dr. Wille, ein vorzüglicher Kenner des Haffs, verbreitete sich dabei über Wasserhaushalt, Pflanzen- und Tierwelt. Bemerkenswert war bei den Ausführungen über die Entstehung des Haffs, daß es im Nordostwinkel einst von Kamtschatka nach Balga eine verbindende Landbrücke gehabt haben muß und daß ursprünglich zwei Tiefen, eine bei Balga und eine bei Kahlberg, waren.

Das Pilsauer Tief wird erst 1876 erwähnt. Daß die hydrographischen Verhältnisse betriffen, so ist durch die Regulierung der Nogat der Süßwassergehalt, der früher sich in das Haff ergoß, auf 0,3 des eintägigen Gehaltes hinabgedrückt. Die Strömungen im Haff, dessen größte Tiefe nur an zwei Stellen 5 Meter erreicht, sind eine Oberflächens- und Tiefenströmung. Letztere ist auch durch Flächenwellen von Pilsau bis auf die Linde Kahlberg-Gadinen festgelegt.

Die Zusammenfassung des Wassers nach Süßwasser- und Salzgehalt ist sehr abwechslungsreich. Danach richtet sich auch die Pflanzen- und Tierwelt. In den drei Regionen: a) mit viel, b) mit mittlerem und c) mit geringem Salzgehalt richten sich die biologischen Verhältnisse stark danach. Dort, wo die Bodenbesiedlung (Schnecken, Larven, Muscheln usw.) sehr stark ist, wird auch die Fischerei besonders stark betrieben, weil die Fische hier genügend Nahrung finden. Dort, wo die Bodenbesiedlung abnimmt, wo z. B. auch Abwässer das Wasser des Haffs beeinträchtigen — es sei nur an die Fischhäuser Wiet erinnert — da gibt es arme Fischereien, und diese sind von großer Bedeutung für die Lebensverhältnisse der Menschen. Lichtbilder erläuterten die interessanten Ausführungen.

**Königsberg.** Eine 2,8-Millionen-Dollar-Anleihe. Wie der „D. A.“-Korrespondent erfährt, hat die Auslandsvertretung des Reichsfinanzministeriums die Aufnahme einer ausländischen Anleihe der Stadt Königsberg in Höhe von 2,8 Millionen Dollar genehmigt. Der Abschluß der Anleihe ist nachdem die Konferenzen mit den amerikanischen Geldgebern in wochenlangen schwierigen Verhandlungen geführt wurden, nunmehr gesichert.

**Königsberg.** Der Schiffsverkehr im Dezember. Obwohl zeitweise im November ein ziemlich reger Schiffsverkehr herrschte, war doch das Gesamtergebnis in dem Berichtsmonat geringer als in dem Vormonat und auch im gleichen Monat des Vorjahres. Es liefen im November ein 128 Schiffe mit 109 957 Kubikmeter Raumachalt gegenüber 145 Schiffe mit 200 020 Kubikmeter netto im Vormonat und 133 Schiffe mit 194 858 Kubikmeter netto im November 1924. Ausgängen sind in dem Berichtsmonat 84 deutsche Dampfer, 28 fremde Dampfer, 9 Segler und 3 Reeder. Die Mehrzahl dieser Schiffe, 14 im Ganzen, hatten Getreide geladen. 36 Schiffe hatte keine Ladung vom hiesigen Platz. Die Binnenverkehr hatte mit Ende des Monats des Frostes wegen stillgelegt und besaß ihr Winterlager.

**Stargard.** Von Räubern erschossen. Am Sonnabend zwischen 6 und 7 Uhr abends wurde auf dem Wege zwischen dem Dorfe Meow und der Stadt Anris der 49 Jahre alte Viehhändler Emil Kooce aus Paris von drei Männern überfallen, durch Schüsse tödlich verletzt und beraubt. Kooce wurde noch in das Krankenhaus nach Stargard überführt, ist dort aber inzwischen gestorben. Die Täter, vermutlich polnische Schmittler waren mit Mänteln bedeckt und sind in der Richtung nach dem Kreise Soldin entflohen. Die Verfolgung ist sofort aufgenommen worden, hat aber ein Resultat bisher nicht gehabt.

**Stolz.** Vom Auge getötet. Durch den Stolz um 6,16 Uhr abends verlassenden Zug wurde auf der Kreisbahnstraße Stolz-Regenow kurz vor der Station Klein ein Fuhrwerk überfahren, das sich auf dem Bahndamm in Richtung Klein bewegte. Der Fuhrer, Viehhändler Wilhelm Rath aus Pöba fiel vor die Lokomotive, so daß ihm die Räder über den Kopf gingen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Außerdem wurde ein Pferd getötet und das andere schwer verletzt. Der Verunglückte war auf dem Nachhausewege vom Dorfe Regenow. Beim Einbiegen vom Landwege von Regenow in die Chaussee hat Rath in dem tiefen Schnee offenbar den Bahndamm mit der an dieser Stelle mit der Bahn parallel laufenden Chaussee verwechselt.

**Stettin.** Schwere Unfallsfall. Gestern mittag ereignete sich bei den Bahnanarbeiten in der Nähe des Hauptbahnhofes ein schwerer Unfall. Die Stettiner Feuerwehrrunde wurde zur Hilfeleistung alarmiert. Mehrere Arbeiter sind verletzt worden.

**Stettin.** Prüfungen im Fischereigewerbe. Es wird beabsichtigt, um einen tüchtigen Fischereistand heranzubilden, auch für die Fischer Lehrlingsprüfungen abzuhalten. Der Fischereilehrer soll nach der vorläufig für Sommer aufgestellten Prüfungsordnung eine dreijährige Lehrzeit durchmachen. Die am Schluß der Lehrzeit abzulegende Prüfung soll beweisen, daß der Lehrling in theoretischer Beziehung genügend durchgebildet ist. Es werden Kenntnisse in fischerischer Buchführung, in der Zeichnung sowie in der Biologie der Gewässer und der Fische verlangt. In der Grenzmark und in Ostpreußen haben bereits derartige Prüfungen im Fischereigewerbe stattgefunden.

## Öffentliche Frauenversammlung in Odra.

Mittwoch, den 9. November, abends 6 Uhr, in der Sporthalle: Vortrag des Gen. Dr. Brill über:

„Was ist Sozialismus?“

Vollständiges Erscheinen erwartet!

Die Frauenkommission.

## Aus aller Welt

### Der Grabenbrand in Colorado.

Die einzelklassigen Bergleute aereitet.

Ueber das Grubenunglück das sich in Boulder (Colorado) ereignete, wird berichtet, daß es seltsam ist, die durch den in der Grube ausgebrochenen Brand einzelklassigen Bergleute zu retten. Die Rettungsmaßnahmen konnten sich durch den Rauch hindurch, mit Gasmasken versehen, einen Weg bahnen, und es gelang ihr, sämtliche Bergleute wohlbehalten ins Freie zu schaffen.

### Pöppelmord eines Landarbeiters.

Die Spuren des Mörders aufgenommen.

Wie aus Wittenberge am der Elbe gemeldet wird, wurde in dem Dorfe Rengerslage, das an Prignitz und Elbe in unmittelbarer Nähe von Wittenberge gelegen ist, der Polenarbeiter Reinte mit seiner Ehefrau ermordet. Die Gendarmerie in Wittenberge richtete die Staatsanwaltschaft Stendal. Am Stendal ist ein Vertreter der Staatsanwaltschaft in Rengerslage eingetroffen. Ein Kriminalkommissar aus Wittenberge hat die Spuren des Mörders aufgenommen. Der Verdacht richtet sich gegen einen polnischen Landarbeiter, der auf dem Rittergut des Herrn Aue, auf dem auch Reinte, angestellt war, beschäftigt ist.

### Eine neue Potsdamer Sensationsaffäre.

Auf Ersuchen des Potsdamer Untersuchungsrichters wurde Rittmeister Hermann von Oppen in Berlin unter der Beschuldigung des Kredithehlers und des Betruges, der Wechselkassena und Betrugshehlers in vier Fällen verhaftet. Oppen soll außer anderem auf einen falschen Wechsel für 10 000 Mark W. in und weiterhin drei wertvolle Perlebrillen sich beschafft haben, ohne sie zu bezahlen. Die Ware liegt er noch der Wohnung seiner arbeitslos wohnenden Mutter in Potsdam, wo er aber nicht wohnt, schaffen, und verkaufte sie sofort.

Das Urteil im Prozeß Sauer. In der Verhandlung gegen den Autographenverkäufer Sauer und den Bankbeamten Schickel, die wegen Amtsunterdrückung vor dem Berliner Schöffengericht standen, beantragte vorgestern der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Schickel zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Gefängnis gegen Sauer (unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft) und sechs wöchentliche Arreststrafe eines Gefängnis im Verhörstrafe in Arrest, das nach einer gewissen Zeit eingereicht werden soll. Schickel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

## Ihre Bild

macht stets die größte Freude und ist immer das schönste Geschenk

## zum Weihnachtsfest!

Es empfiehlt sich für einfache und künstlerische Aufnahmen, auch des Abends.

## Photo-Atelier Potved

Danzig, Stützpunkt 8, ptr., Ecke Holzraum. Telephon 6585 :: Eigene Vergrößerungsanstalt

## Vogeljubow bleibt Sieger.

Boranshchik Laßler Zweiter, Capablanca Dritter.

In der am 5. Dezember gespielten neunzehnten Runde siegte Capablanca durch vorzügliches und elegantes Spiel über Vogeljubow. Diese Niederlage hätte dem russischen Meister den ersten Preis kosten können, aber zum Glück für ihn konnte kein gefährlicher Konkurrent Laßler gegen Sämisch nicht mehr als ein Remis erreichen. Torre, der in den letzten Runden etwas abgefallen ist, erlitt wiederum eine Niederlage, und zwar gegen Bogatirshuk.

Die amantische Runde, die vorletzte des Turniers, brachte bereits die Entscheidung über den ersten Preis. Bogaljubow, der gegen Laßler die weißen Steine führte und mit den Damenbauern eröffnete, machte diese wichtige Partie remis. Das Endspiel war sehr schwierig und wurde von beiden Meistern mit großer Feinheit behandelt. Damit hat Bogaljubow einen Vorsprung von 1 1/2 Zählern vor Laßler und kann daher nicht mehr eingeholt werden. Capablanca, der im letzten Teil des Turniers seine ganze Kraft entfaltet hat, stehe im besten Stile über Gotthill. Der dritte Preis ist ihm nunmehr beinahe sicher, höchstens könnte er zur Teilung mit Romanowski kommen, der gegen Sämisch den Sieg davontrug. Tartakower gewann eine vorzüglich geführte Partie gegen Rubinstein.

Der Turnierstand nach der amantischen Runde ist: Bogaljubow 15, Laßler, Capablanca 13 1/2, Romanowski 11 1/2 (und eine Hängepartie), Marshall 11 1/2, Torre 11 (und eine Hängepartie), Tartakower 11, Bogatirshuk, Genewski 10 (und eine Hängepartie), Grünfeld 10, Réti 9 1/2 (und zwei Hängepartien), Rubinstein 9 1/2, Rabinowitsch 8 1/2, Berlincki 8 (und eine Hängepartie), Löwenfisch 8, Spielmann 7 1/2 (und eine Hängepartie), Chotomirski, Gotthill, Hates 6, Sämisch 5 1/2, Zubarew 4 1/2.

## Der Tod der Sängerin Surjewskaja.

Selbstmord mit einem Rasiermesser.

Vergangenen Freitag traf die Sängerin Surjewskaja von der Berliner Staatsoper in Rindermatt ein und bestellte im „Gasthaus zur Krone“ Zimmer. Bald darauf begab sie sich ohne Begleitung nach der Zeufelsbrücke. Seither wurde sie nicht mehr gesehen. Da man bei der Zeufelsbrücke Morphemium und ein Rasiermesser fand, nimmt man an, daß Selbstmord vorliegt. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden, da die Neuz vollständig vereist ist.

Die Schweizerische Depeschagentur erzählt weiter, daß am Sonnabendnachmittag oberhalb der Zeufelsbrücke ein Straßenarbeiter ihren Mantel fand. Von der Straße führte Wutputzen zur Neuz hinab. Man nimmt an, daß die Sängerin sich am Straßenrand niedergelassen, eine Ader geschnitten und sich dann in den Fluß hinuntergelassen ließ. In ihrem Koffer fand man 1 000 Schweizer Franken und etwa 100 Dollar.

## Sieben Kinder durch Kohlenofen erstickt.

Im Sichenhaus in Remo (Tipp) sind sieben Kinder im Alter von ein bis drei Jahren in der Nacht zum Sonntag auf tragliche Weise ums Leben gekommen. Im Zimmer neben dem Schlafraum der Kinder, das den Tag über als Spielzimmer diente, waren Brickets, die in einem eisernen Kohlenkasten hinter einem Dauerbrandofen aufbewahrt wurden, ins Glühen gekommen. Durch den dadurch entstandenen Rauch und die Kohlenoxydgase, die durch die offenstehende Tür in den Schlafraum eindringen, sind die Kinder im Schlafe erstickt.

Das Unglück auf der Zeche Matthias Stinnes vor Gericht. In der Strafsache gegen den Fördermaschinenführer August Bessel von der Zeche Matthias Stinnes III, Schacht 5, in Carnap, welcher angeklagt war, am 4. April das große Selbstmordglück auf der genannten Zeche, bei welcher elf Bergleute den Tod gefunden hatten, verschuldet zu haben, wurde Montag nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Das Gericht sprach den Angeklagten von der gegen ihn erhobenen Anklage frei.

Der Kampf zwischen Brückensträßer und Diener, der am 10. d. M. stattfanden sollte, ist auf Grund eines Beschlusses des Verbandes deutscher Faustkämpfer auf den 10. Januar verschoben worden.

## Veranstaltungs-Anzeiger.

SPD-Fraktion. Heute, 7 Uhr abends, Fraktionsführung.

Ferein Arbeiterjugend, Bürgerwiese. Dienstag, den 8. d. M.: Teilnahme an der Veranstaltung der Ortsarabde Neubude.

Sozialistische Kindergruppe Odra. Mittwoch, den 9. Dezember: Einüben der Weihnachtslieder 3 Uhr nachmittags in der Sporthalle.

SPD. Plekzendorf. Donnerstag, den 10. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokal Koffowski: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Rau. 2. Verschiedenes. Gäste willkommen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Der Spieler

Erzählung von F. M. Dostojewski

„Sie sind verbittert, darum reden Sie all dies dumme Zeug.“ sagte Niker Ailen nach einigen Nachdenken kaltschnig. „Jedem liegt in Ihren Augen nichts Originalles.“

„Jugend! Aber das ist ja gerade das Furchtbare, mein verehrter Freund, daß alle diese Aufregungen, so veraltet, so abgeschmackt, so Individuell sie sein mögen, dennoch wahr sind! Immerhin haben weder Sie noch ich etwas erreicht!“

„Das ist abhängerischer Unfug... weil, weil... wissen Sie denn?“ sagte Niker Ailen mit zitternder Stimme und unruhigen Augen. „Wissen Sie denn, Sie unheimlicher und unheimlicher, kleinlicher und unglücklicher Mensch, daß ich abhängerisch nach Hamburg gekommen bin, in Miß Paulines Kaffeehaus, um Sie zu sehen, ausführlich und herzlich mit Ihnen zu sprechen, und ihr dann über alles — Ihre Gefühle, Gedanken, Hoffnungen und — Erinnerungen zu berichten!“

„Ist das möglich! Ist das möglich?“ rief ich und Tränen entströmten meinen Augen.

„Ja, Sie sind unfähig, Sie hat Sie geliebt und ich kann Ihnen das verraten, weil Sie ein Verlorener sind. Nicht genug, wenn ich Ihnen auch sage, daß Sie Sie bis heute liebt, so werden Sie doch hierbleiben! Ja, Sie haben sich zu-

grunde gerichtet. Sie besaßen gewisse Fähigkeiten, einen lebhaften Charakter und waren kein schlechter Mensch. Sie hätten sogar Ihrem Vaterland, das Männer so nötig hat, nützlich sein können, aber — Sie werden sterben und Ihr Leben ist zu Ende. Ich klage Sie nicht an. Meiner Ansicht nach sind alle Kräfte so oder sie haben die Reizung so zu sein. Ich's nicht die Reizung, so ist's etwas anderes, ähnliches. Ausnahmen sind sehr selten. Sie sind nicht der erste, der es nicht begreift, was arbeiten heißt (ich spreche nicht von Ihrem Geld). Die Reizung ist ein vorzugsweise russisches Spiel. Bis jetzt waren Sie ehrlich und haben es vorgezogen Gafai zu werden, statt zu sterben. — Ich denke aber mit Schrecken daran was in Zukunft eintreten kann. Wenn Sie leben Sie wohl! Sie brauchen natürlich Geld? Hier gebe Ihnen zehn Rubel, mehr nicht, da Sie Sie ohne hin verpielen werden. Nehmen Sie und leben Sie wohl! So nehmen Sie doch!“

„Rein, Niker Ailen, nach allem was ich jetzt gesagt worden ist...“

„Neh-men Sie!“ rief er. „Ich bin überzeugt, daß Sie noch ehrenhaft sind und auch es Ihnen so, wie ein Freund es seinem wehren Freund geben kann. Wenn ich sicher sein könnte, daß Sie den Spieltrieb und Dombura sofort verlassen und in Ihre Heimat reiten würden — wäre ich bereit, Ihnen unverzüglich tausend Rubel zu geben damit Sie ein neues Leben beginnen können. Aber ich gebe Ihnen eben deshalb keine tausend Rubel, sondern nur zehn Rubel, weil tausend Rubel und zehn Rubel für Sie jetzt vollständig ein und dasselbe sind. Sie verdienen es ja doch, nehmen Sie das Geld und leben Sie wohl!“

„Ich werde es nehmen, wenn Sie mir gestatten, Sie zum Abschied zu umarmen.“

„O, das ist mir Vergnügen!“

Wir umarmten uns herzlich und Niker Ailen ging fort.

Rein, er hat nicht recht! Wenn ich jetzt schlief und dann über Pauline und de Grioux geredet hätte so war das, was er von den Russen gesagt hätte, ebenso schlief und schliefertig. Von mir selbst sage ich nichts. Uebrigens kommt es vorläufig auf all das gar nicht an. Das sind nur Worte, Worte und Worte, nötig aber ist die Zeit jetzt in die Schweiz — das ist die Hauptache! Gleich mor-

gen, — oh, wenn es möglich wäre, gleich morgen abreiten! Wieder ausleben auferstehen! Ich muß Ihnen beweisen... Pauline soll wissen, daß ich noch ein Mensch sein kann. Es gilt nur... Jetzt ist es überlassen zu spät, — aber morgen... oh, ich habe eine Vorahnung und es kann nicht anders sein! Ich besitze jetzt fünfzehn Rubel und ich habe schon einmal mit fünfzehn Gulden angefangen! Wenn man vorzüglich beginnt... Ja, bin ich wirklich ein kleines Kind? Begreife ich denn nicht, daß ich selbst ein verlorener Mensch bin? Allein — warum sollte ich nicht auferstehen können! Ja! Es gilt nur einmal im Leben berechnend und geduldig zu sein — das ist alles! Es gilt, nur einmal fest zu bleiben, und ich kann in einer Stunde mein ganzes Schicksal ändern! Die Hauptsache ist — charakterfest sein! Ich brauche nur daran zu denken, was ich vor sieben Monaten in Konstantinburg erlebt habe, vor meinem endgültigen Verlust Oh, das war ein bemerkenswerter Fall von Entschlossenheit: ich hatte damals alles verliert, alles... Ich verließ den Kurfaal und bemerkte plötzlich, daß in meiner Bekantchaft noch ein Gulden hefte! Ah, so habe ich doch noch etwas für ein Mittagessen! dachte ich, aber nach weiteren hundert Schritten hatte ich es mir überlegt und kehrte um. Ich setzte diesen Gulden auf manque (hiesmal auf manque) und wahrlich, es ist eine seltsame Entdeckung, wenn man allein, ferne von der Heimat und den Freunden und ohne zu wissen, was man heute essen wird, seinen letzten Gulden fest seinen allerletzten! Ich gewann und verließ amantische Minuten früher den Kurfaal mit hundertfünfzig Gulden in der Tasche. Das ist eine Tatsache! So viel kann ausweisen der letzte Gulden bedeuten. Was wäre geschehen, wenn ich damals den Mut verloren, wenn ich nicht gewagt hätte, einen Entschluß zu fassen? ...

Morgen, morgen hat alles ein Ende!

Ende.

3P BORG Stambul 3P

Anteas Packung  
für ausgezeichnete Qualität.

Surotti

# WIRTSCHAFT \* HANDEL \* SCHIFFFAHRT

## Skrzynski über die Anleiheausichten.

Auf seiner Rückreise aus London erklärte Ministerpräsident Skrzynski einem Pressevertreter gegenüber, er sei nicht beabsichtigt nach London gereist, um ein neues Europa zu entdecken. Er habe auch früher gewußt, wie man in Europa über Polen denkt und was man zu erwarten habe. Ganz Europa befinde sich in derselben Lage wie Polen. Alle seien um Anleihen bemüht, aber auch alle wissen, daß es eine Anleihe ohne eine vernünftige, sparsame Wirtschaft nicht gebe. Polen müsse das Vertrauen der Welt erwecken, falls es eine Anleihe bekommen wolle. Das heiße aber noch nicht, daß Polen bis dahin keine ausländischen Krediten, in dieser oder jener Form, wenn auch nur in kleinem Maße, genießen könne.

Die erste Bedingung des Vertrauens sei ein sparsames und ausgeglichenes Staatsbudget. Diesen Grundlag müsse die Regierung, an deren Spitze er stehe, durchführen und sie werde sich alsbald an den Sejm mit einem entsprechenden Antrag wenden. Sollte der Sejm nicht den Weg der sparsamen und engen Zusammenarbeit mit der Regierung beschreiten, so könne er, Skrzynski, keine Verantwortung mehr übernehmen. Das Staatsbudget müsse rational sein und keine inflationistischen Positionen enthalten. Es könne keine Ausgaben enthalten, die das Leben nicht zu bewahren vermögen. Dies müsse die ganze polnische Öffentlichkeit einmal verstehen, dann erst werde sie sich von der sie unnütz beherzenden Psychose befreien können. Polen müsse einmal klüßig sparen lernen.

Was die Beziehung Polens zu Deutschland angeht, so habe er sich auf der Dampferreise nach Stenbo mit dem Reichkanzler Dr. Luther darüber über eine Stunde unterhalten. Es wurden allerlei Probleme erörtert, wenig aber wurde von den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen, welche erst jetzt in das entscheidende Stadium treten.

## Das polnische Ermächtigungsgesetz.

### Auswärtige und innere Anleihen.

Das am 30. November d. J. in Kraft getretene Ermächtigungsgesetz („Dziennik Ustaw“ 1925, Nr. 119), das die neue Regierung von der zurückgetretenen Regierung Grabki als einen Teil der Sanierungsaktion übernommen hatte, sieht u. a. die Aufnahme einer auswärtigen Anleihe bis zu 600 Mill. Zloty unter den von ihm zu bestimmenden Bedingungen evtl. gegen Verpfändung der Einkünfte eines der Staatsmonopole vor. Die Anleihe soll für wirtschaftliche, nicht für Budgetzwecke verwendet werden. Ferner wird darin der Finanzminister zur Aufnahme von auswärtigen Krediten für Zwecke der Flottenrüstung bis zur Höhe von 200 Mill. Zloty ermächtigt (Art. 2). In Abänderung des Gesetzes vom 15. Juli d. J. wird der Finanzminister ermächtigt, Schatzscheine mit höchstens einjähriger Laufzeit serienweise herauszugeben. Der Gesamtbetrag der jeweils zirkulierenden Schatzscheine darf 100 Mill. Zloty nicht übersteigen. Die Schatzscheine können auf Anordnung des Finanzministeriums noch vor ihrem Fristablauf bei Entziehung von Steuern, als Einigkeit für staatliche Leistungen sowie bei der Regulierung von Verbindlichkeiten in staatlichen Banken in Zahlung genommen werden. Zum Zwecke des Umtausches der Schatzscheine kann der Finanzminister bis zur Hälfte ihres Nominalwertes Kleingeldscheine emittieren.

Werden die eingekesselten Schatzscheine erneut in den Verkehr gebracht, so ist eine entsprechende Menge der für Umtauschzwecke emittierten Kleingeldscheine aus dem Verkehr zu ziehen (Art. 3). Außer den im Art. 3 genannten Kleingeldscheinen können vom Finanzminister solche in Stückeln bis zu 5 Zloty anstelle von Silbermünzen und im Rahmen des für diese zulässigen Gesamtbetrages emittiert werden. Der Umlauf von Goldmünzen ist unbeschränkt, der Gesamtumsatz von Silber- und Silbermünzen darf 12 Zloty pro Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen (Art. 5). Im Art. 6 wird die vom Finanzminister an die Banken zu gewährenden Beihilfe auf 65 Mill. Zloty festgesetzt.

## Renemission von Schatzscheinen in Polen.

Auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes ist mit dem Datum vom 1. November die 8. Serie von Schatzscheinen, in Stückeln von 40, 200 und 1000 Zloty, zahlbar am 1. November 1925, im Gesamtbetrage von 30 Mill. Zloty emittiert worden. Die Verzinsung beträgt 5 Prozent pro Jahr. Die Schatzscheine der 8. Serie werden zur Entziehung von Steuern sowie von der Landeswirtschaftsbank und der Staatlichen Agrarbank bei der Begleichung von Verbindlichkeiten vor Ablauf der Rückzahlungsfrist nach dem Tageskurs vom 1. des betreffenden Monats in Zahlung genommen. („Dziennik Ustaw“ 1925, Nr. 119.)

Renbau eines deutschen 21 000-Tonnen-Dampfers. Auf der Hamburger Werft Blohm u. Voß ist ein 21 000-Tonnen-Dampfer auf Stapel gelegt worden. Dieser Dampfer wird von der Hamburg-Amerika-Linie übernommen und als Schwerer Kreuzer für die drei Schiffe der Deutschland-Klasse gebaut werden.

Eine neue Unterstützung für die englische Kohlenindustrie. Die englische Regierung hat dem Unterhaus einen Erpänzungs-kredit von 9 Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung

unterbreitet, der als Unterstützung für die Kohlenindustrie dienen soll. 10 Millionen waren vom Unterhaus für diesen Zweck bereits bewilligt worden und man hatte angenommen, daß diese Summe für das laufende Finanzjahr, das am 31. 3. 26 zu Ende geht, ausreichen würde.

## Die Leichterpfosten in Danzig.

Ein Schiff war für eine Reise mit Heringen von Aberdeen nach „Die Lower Baltic Port, including Vibon, as ordered“ gechartert und wurde demgemäß nach Danzig beordert. Bei der Ankunft, so heißt es im „S. F.“, dort setzte der Kapitän telegraphisch seinen Reeder davon in Kenntnis, daß ein Teil der Ladung in Neufahrwasser in Leichter umgeladen werden sei, welche Maßnahme sich als erforderlich erwies hätte, um überhaupt nach Danzig, wo der Wasserstand nur 12 Fuß betrug, gelangen zu können. Da der Kapitän die Konnossemente ohne irgendwelche Vorbehalte für Danzig unterzeichnete, war in der Sache nichts anzufangen; dem Nordischen Schiffsreederverein geht aber aus diesem Anlaß folgender Bericht von seinem Danziger Vertreter zu:

„Das Schiff ist mit einer Ladung Heringe aus Aberdeen hier eingetroffen. Die Charterpartie lautete auf „Die Lower Baltic port“, und das Schiff wurde demgemäß nach Danzig geordert. Die Konnossemente lauten demnach nur auf Danzig und enthalten keinen Hinweis auf die Charterpartie; unter allen Umständen besagt die Charterpartie aber auch nicht, daß etwaige Leichterpfosten von der Ladung zu tragen sind. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß es hier gebräuchlich ist, Güter, die nach den Konnossementen für Danzig bestimmt sind, an einer amtlich anerkannten Weichstelle der Stadt Danzig zu entladen. Infolgedessen hat der Dampfer jedenfalls die Ladung nach einem amtlich anerkannten Weichplatz in Danzig zu bringen, und da er bei dem ungenügenden Wasserstand keinen solchen mit einer vollen Ladung erreichen kann; müssen die Leichterpfosten an Lasten des Schiffes gehen. Es ist dies natürlich ärgerlich, aber die Bemühungen, eine Revision dieses Brauchs zu erreichen, sind trotz kräftiger Unterstützung durch die Reeder erfolglos geblieben. In einigen Fällen haben mit Heringen für Danzig, Vibon oder Neval beladene Schiffe infolge ihres Tiefgangs sogar die ganze Ladung in Leichtern nach Danzig bringen müssen. Ebenfalls dürfte es Ihnen nicht unbekannt sein, daß von Zeit zu Zeit in der Schiffabrispresse auf die diesigen Verhältnisse aufmerksam gemacht worden ist.“

Der Nordische Schiffsreederverein bemerkt hierzu: Von dem Inhalt dieses Briefes erscheint uns die Mitteilung von besonderer Wichtigkeit, nach der die Kapitäne gewöhnlich mit reinen Konnossementen, die auf den Häfen von Danzig lauten, nach Danzig kommen. Wenn auch keinerlei Vorbehalte in der Charterpartie gemacht sind, und obgleich sie nicht die gewöhnliche Bestimmung „always as laid“ enthält, dann vertreten wir den Standpunkt, daß der Kapitän nicht verpflichtet ist, auf Grund einer solchen offenen Charterpartie Konnossemente für einen Platz zu unterzeichnen, wohin das Schiff nicht mit einer vollen Ladung schwimmen kann. Entweder muß er die Unterzeichnung ablehnen oder aber hinzufügen, daß das Schiff nach dem betreffenden Platz oder so unweit desselben zu fahren hat, wie dies mit einer vollen Ladung möglich ist. Es ist jedenfalls sinnlos, daß die Reeder hohe Leichterpfosten bezahlen sollen, weil in demjenigen Hafen, nach dem die Befrachter Schiff und Ladung beordern, nicht genügend Wasser vorhanden ist.

## Goldfunde in der Strehobromakel.

### Vielerprechende Schürfunge im Komitat Nitoböl.

Die die „Prager Presse“ meldet, hat die staatliche Berg- und Hüttenverwaltung seit einem Jahr Schürfunge auf Kupfer im Komitat Nitoböl vorgenommen. Die Schürfunge führten jedoch verhältnismäßig wenig kupferreiches Material zutage. Dagegen stieß man auf eine Luerader, die Gold in bedeutenden Mengen besitzt. Nach Ansicht von Fachmännern ist diese Goldader sehr vielversprechend. Die Schürfungeversuche werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgesetzt und es ist anzunehmen, daß auch im weiteren Umfange des Fundortes Goldfunde gemacht werden, wodurch die Möglichkeit gegeben wäre, ein großes rationell arbeitendes Unternehmen ins Leben zu rufen.

Geschäftsaufsicht über die Mühlenkredit-Vereinigung A. G. Der Vorstand der Mühlenkredit-Vereinigung A. G., Berlin, hat ohne Wissen und gegen die Anordnung des Aufsichtsrates an die Zuderfabrik Thüringwerder bei Wriezen (Oder) Bombardiergeschosse gegeben, deren Rückforderung in Frage gestellt ist. Nachdem im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung die vom Vorstand der genannten Zuderfabrik beantragte Geschäftsaufsicht vom Gericht genehmigt worden ist, wird auch die Mühlenkredit-Vereinigung A. G. die Geschäftsaufsicht beantragen.

## Wer spekuliert auf den Notizsturz?

Während die nationalitistische Presse in Polen nicht genug kriegt, auf die Deutschen, besonders aber auf die Danziger Börse zu schimpfen, welche angeblich immer wieder Attentate auf die polnische Währung auszuüben versuchen, hat man vorgezogen in Warschau feststellen können, daß die größte Schuld an dem letzten Notizsturz einigen höheren Beamten im polnischen Finanzministerium und in der Bank Poljski zufällt, welche sich durch Dollarspekulationen sehr erheblich bereicherten. Politischen Blättermeldungen zufolge, war die Spekulation dieser Herren, welche ausschließlich dem rechten Lager angehören, so großzügig angelegt, daß es kein Wunder nimmt, daß der Notiz an der Warschauer Börse immer am tiefsten stand.

## Neue Erleichterungen des Devisenverkehrs in Polen.

Eine soeben veröffentlichte polnische Ministerialverordnung bringt wesentliche Erleichterungen des Devisen- und des Goldverkehrs mit dem Auslande. Die Devisenbanken, die nunmehr allein zum Erwerb von Devisen berechtigt sind, dürfen die von ihnen verkauften Devisen ihren Kunden nicht ausshändigen; die Devisen müssen also von der Bank unmittelbar nach dem Auslande geschickt werden. Eine solche Vereinfachung von Devisen durch die Bank ist ferner nur zulässig, sofern der Kunde den wirtschaftlichen Zweck der Operation nachweist. — Zu einer Geldsendung bzw. Überweisung nach dem Auslande ist eine Genehmigung der Finanzbehörde ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages (also nicht erst wie bisher erst von 100 Zloty an) erforderlich. Ferner werden die Exporteure verpflichtet, die Bank Poljski bzw. die Devisenbanken zu bevollmächtigen, die zu erhaltenden Devisenbeträge unmittelbar von ihren ausländischen Auftraggebern einzufordern. Unter Berufung auf die Erfahrungen der Instanzzeit erklärt man in den Wirtschaftskreisen, daß die neue Projektion des Devisenverkehrs ihren währungspolitischen Zweck kaum erreichen und nur der Spekulation zugutekommen werde.

Wechselprojekte in Lettland. Laut Erklärung der Bank von Lettland hat die Zahl der protestierten Wechsel trotz des außerordentlich emvidenen Wechselverkehrs im Vergleich zu der ersten Hälfte des laufenden Jahres nicht zugenommen. Wechseloperationen werden jetzt mit größerer Vorsicht ausgeführt. Im Vorjahre betrug die Wechselverluste der Bank 182 000 Lat, während sie in den ersten zehn Monaten d. J. nur etwa 40 000 Lat betragen.

## Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 7. Dezember: Deutscher D. „Eln“ (348) von Köln mit Gütern für Weisk, Hafenanal; deutscher D. „Ebdina“ (583) von Ebdinburg, leer für Reinhold, Weisk; norwegischer D. „Jern“ (530) von Felsingborg, leer für Bergens, Kaiserhafen; litauischer D. „Zetanie“ (437) von Halmstadt, leer für Reinhold, Weisk; deutscher D. „Janal“ (299) von Stockholm, leer für Reinhold, Danzig; dänischer D. „Gertha Maerki“ (866) von Åhus, leer für Weisk, Eieg, Kaiserhafen; deutscher D. „Elsleik“ (275) von Vibon, leer für Weisk, Eieg, Hafenanal; schwedischer D. „Eberin“ (923) von Gotenburg, leer für Reinhold, Hafenanal; deutscher D. „Eros“ mit den Seeleutern „Dahim“ (360) und „Werner“ (649) von Sonderburg, leer für Danzig, Eieg, Hafenanal; französischer D. „Doinville“ (836) von Bordeaux mit Gütern für Wörms, Ueberbahn; deutscher D. „Gratia“ (1310) von Königsberg, leer für Weisk, Eieg, Hafenanal; deutscher D. „Diana“ mit den Seeleutern „Weier“ (595) und „Rhein“ (646) von Habesleben, leer für Danzig, Eieg, Hafenanal.

Ausgang. Am 7. Dezember: Deutscher M. S. „Ingeborg“ (18) nach Ost mit Sprit; deutscher D. „Helene“ (162) nach Hamburg mit Gütern; schwedischer D. „Erland“ (885) nach Gotenburg mit Gütern; schwedischer D. „Wengi“ (288) nach Westermid mit Kohlen.

## Amthche Vörjen-Notierungen.

Danzig, 7. 12 25

- 1 Reichsmark 1,24 Danziger Gulden
- 1 Zloty 0,68 Danziger Gulden
- 1 Dollar 5,22 Danziger Gulden
- Scheck London 25,19 Danziger Gulden

Danziger Produktensbörse vom 7. Dezember. (Amthch.) Weizen, rot 13,75—14,25 G., Weizen, weiß 14,00—14,50 G., Roggen 9,10—9,20 G., Futtergerste 9,00—9,50 G., Gerste 9,75 bis 11,00 G., Hafer 8,75—9,50 G., gelber 8,00—8,75 G., fl. Erbsen 10,00—11,00 G., Viktoriaerbsen 13,00—15,00 G., grüne Erbsen 13,50—14,00 G., Roggenkleie 5,75—6,00 G., Weizenkleie 7,00—7,50 G. (Großhandelspreise für 50 Kilogramm waggounfrei Danzig.)

# Total-Ausverkauf

unserer Abteilung

## Herren- und Knaben-Konfektion / Herren-Stoffe

wegen vollständiger Aufgabe des Artikels.

Eine Gelegenheit zum spottbilligen Einkauf, wie sie sich wahrscheinlich nicht sobald wieder bietet.

Der große  
**Weihnachtsverkauf**  
geht weiter.  
**Kroyman**

# Die Stadt der Mormonen.

Die Stadt der Vielweiber.

Salt-Lake-City (Salzsee-Stadt), die Hauptstadt des Staates Utah im Westen der Vereinigten Staaten, hat vor allem eine Geschichte, die ganz verschieden ist von der anderer amerikanischer Städte. Diese Stadt liegt 4900 Fuß über dem Meeresspiegel, im Tale des Großen Salzsees, dessen Wasser mehr als siebenmal salziger ist als das des Ozeans, und in dem man nie versinken kann. Begründet wurde diese Stadt etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts von dem Mormonenführer Brigham Young, und ihr typisches Gebäude ist denn auch das große Haus der mormonischen Genossenschaft (Zions Cooperative Mercantile Institution), die von Brigham Young im Jahre 1868 gegründet wurde, mehrere große Fabriken umfaßt und heute einen jährlichen Umsatz von mehr als fünf Millionen Dollar hat. In der Nähe der Stadt befindet sich auch das größte Kupferbergwerk der Welt, das über Tage betrieben wird und monatlich eine Ausbeute von siebzig Millionen Pfund Kupfer liefert.

Die Geschichte dieser Stadt ist in hohem Maße die Geschichte der Mormonen, einer Religionssekte, die zuerst im Jahre 1847 in diesen Landesteil kam. Die Sekte wurde im Jahre 1830 in Manchester im Staate Newyork von Joseph Smith auf Grund einer Vision gegründet. Die Mormonen gerieten bald mit den verschiedenen Lokalbehörden in allerhand Zwistigkeiten und wanderten von Ort zu Ort, bis sie sich schließlich im Staate Illinois niederließen. Dort hatte Smith im Jahre 1844 ein Traumbericht, in dem ihm ausdrücklich erklärt wurde, daß die Vielweiberlei statthaft sei. Darauf wurde die Vielweiber eine Einrichtung der Mormonen. Diese Tatsache und die Praxis der Mormonen, Neger als gleichberechtigte Glaubensgenossen aufzunehmen, erregten den Zorn der übrigen Bevölkerung in so hohem Maße, daß im Jahre 1844 in Carthage im Staate Missouri eine Volksmenge die Mormonen überfiel. Bei dieser Gelegenheit wurde Smith erschossen und an seine Stelle trat nun Brigham Young, der schon seit langer Zeit ein Kirchenältester und einer der einflussreichsten Mormonenapostel war.

Die Mormonen wurden aus einem Ort in den anderen vertrieben und kamen auf ihren Wanderungen schließlich im Jahre 1847 in Utah an. Als Young die wunderbare Landschaft erblickte, erklärte er, daß er die Gegend schon im Traum gesehen habe. Hier gründeten die Mormonen ihre Stadt, deren erste Verwaltung rein kirchlich war, und an deren Spitze ein Vorsteher stand. Das Goldfieber der nächsten Jahre führte zur Verwilderung der Ansiedlung. Die Mormonen selbst betrieben die Goldgewinnung nicht, weil ihnen Brigham Young riet, die Landwirtschaft nicht aufzugeben. Sie zogen jedoch Vorteile aus der Ausrüstung der Goldsucher, die nach den Goldfeldern in Kalifornien reisten. Im März 1849 trat an dem neugegründeten Ort ein Konvent der Mormonen zusammen, auf dem der unabhängige Staat Deseret gegründet wurde. In den ersten Jahren kamen viele Einwanderer aus Europa, namentlich aus England, zu der neuen Sekte. Da die Mormonen grundsätzlich die Vielweiberlei betrieben, vermehrten sie sich bald. Brigham Young z. B. hatte 25 Frauen und hinterließ bei seinem Tode im Jahre 1877 40 Kinder. Er hinterließ zudem ein Vermögen von mehr als zwei Millionen Dollar.

Als die Mormonen zuerst nach dem Westen gingen, glaubten sie sich der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten ganz entziehen zu können. Aber der Vertrag, der nach dem mexikanischen Kriege mit Mexiko geschlossen wurde, änderte die Lage bald und führte zu beständigen Streitigkeiten zwischen der Bundesregierung und der Mormonenkirche, bis schließlich die Regierung im Jahre 1887 die Kirche auflöste und die Vielweiber zum Verbrechen kempelte. Im Jahre 1893 wurde der Mormonenapostel Red Swoot zum Bundes-senator gewählt. Im Senat wurde darauf ein erfolgloser Versuch gemacht, ihn als Anhänger der Vielweiber aus dieser Körperschaft auszuschließen. Der Prozeß erregte damals ungeheures Aufsehen. Als selbständiges Staatswesen verloren die Mormonen allmählich ihre Bedeutung und die

Feindschaft gegen sie wurde geringer, als sie die Vielweiber aufgaben. Als religiöse Gemeinschaft blüht die Sekte jedoch noch wie früher. Nach der letzten Volkszählung hatte Salt-Lake-City 118 110 Einwohner, von denen 19 413 im Ausland geboren waren. Unter den Fremdgeborenen befanden sich 524 Engländer, 879 Norweger und 610 Schweizer. In der Stadt erscheint auch ein von den deutschen Mormonen herausgegebenes Wochenblatt, der „Salt-Lake-City-Beobachter“.



Adolf Menzel.

Zu seinem 110. Geburtstag am 8. Dezember 1923.

Der berühmte Zeichner und Maler Adolf Menzel, wurde am 8. Dezember 1815 zu Breslau als Sohn eines Lithographen geboren. Im Alter von 15 Jahren besuchte er die Berliner Akademie. Sein erstes Werk, das große Aufmerksamkeits erweckte, waren 6 Federzeichnungen (Künstlers Erdmännchen). Als späterer Historienmaler und Zeichner hat er besonders den Preußenkönig Friedrich den Großen und seine Zeit im Bilde verewigt. Adolf von Menzel starb als Professor, Mitglied der Akademie und Inhaber der Friedensklasse des Ordens pour le mérite am 9. Februar 1906 in Berlin.

## Große Sittenkandale in Japan.

Die in Japan ansässigen Ausländer, namentlich die Fremdenkolonie von Tokio, sind zur Zeit Gegenstand einer erbitterten Kampagne der gesamten japanischen Presse. Man beschuldigt die Fremden, systematisch die Moral der japanischen Mädchen untergraben und sie zu wilden Ausschweifungen verführt zu haben. Das wichtigste Geschick richtet die einheimische japanische Presse gegen gewisse Mitglieder der britischen und amerikanischen Kolonie in der Hauptstadt.

Der Feldzug gegen die zunehmende Sittenverderbnis der japanischen Frau durch die Weißen hatte seinen Ausgangspunkt vor einigen Monaten darin, daß die Polizei bekannt gab, sie bereite eine schwarze Liste von solchen Ausländern vor, die dafür bekannt seien, daß sie zu den häufigsten Gästen der zahlreichen kleinen Tanzstätten Tokios gehörten. Mit dieser Liste gedachte die sittenstrenge japanische Obrigkeit zunächst einmal die von der Presse und von zahlreichen Volksereisen behaupteten unmoralischen Beziehungen zwischen Ausländern und japanischen Mädchen und Frauen klarzulegen. Diese in gewissem Sinne fremdenfeindliche Bewegung erfuhr einen neuen Antriebs, als ein japanisches Mädchen auf einen Italiener mehrere Schüsse abgab und ihn gefährlich verwundete, von dem die Polizei angab, er habe das Mädchen mißbraucht und ausgebeutet.

Nun griff die japanische Presse ganz allgemein in die Angelegenheit ein und stellt fest, daß zahllose Ausländer japanische Mätressen hätten, ja, man sah sogar genaue Einzelheiten über das Privatleben solcher Europäer und Amerikaner, zu denen Mitglieder des diplomatischen Korps, hervorragende ausländische Professoren und Geschäftsleute gehörten. Einzelne Blätter stellten diese Persönlichkeiten in schärfster Weise an den Pranger und ließen keinen Zweifel daran, daß sie entsetzlich seien, noch intimere Entfaltungen vorzunehmen, falls diese Fremden es nicht vorzögen, ihre unmoralischen Beziehungen zu japanischen Frauen aufzugeben.

Die größte Sensation war der Fall des Italiener Ricci, auf den die Japanerin Miko Fukutani, ein junges Mädchen, um Mitternacht in der Umklekabine der ehemaligen österreichischen Gesandtschaft mehrere Schüsse abfeuerte. Das Mädchen wurde verhaftet und erklärte bei seiner Vernehmung auf der Polizei, sie habe versucht, einen Brillantring, den ihre Mutter Ricci geliehen hatte, zurückzubekommen, und als Ricci sich geweigert habe, auf ihn geschossen.

Die polizeiliche Untersuchung enthielt aber, daß zwischen dem Italiener und dem Mädchen lange Zeit intime Beziehungen bestanden hatten, ja, daß sogar Ricci gewissermaßen das Mädchen an ausländische Touristen verpuppte. Die Polizei neigte daher zu der Auffassung, daß der Italiener sich geweigert hatte, dem Mädchen das ihr zuzehende Geld zu zahlen, und daß bei einem Streit über die Verteilung des Erlöses aus dem unmoralischen Lebenswandel das Mädchen zur Waffe gegriffen habe.

Die Geschichte verursachte in ganz Japan das ungeheure Aufsehen, hatte Ricci doch als italienischer Marquis mit der italienischen Botschaft enge Bindungen und spielte bei den gesellschaftlichen Veranstaltungen Tokio eine außerordentlich wichtige Rolle. Nach der Schießaffäre stellte sich auch noch heraus, daß der Italiener allerhand illegale Geschäfte betrieb, wobei er das diplomatische Privileg in raffinierter Weise auszunützte.

Diese Affäre gab der Presse nunmehr das gewünschte Stichwort, um mit schärfster Erbitterung gegen die Unzüchtigkeit der Ausländer in Japan zu Felde zu ziehen. In Zeitartikeln wurden die Behörden aufgefordert, die schwankende Moral der japanischen Frau zu kühlen und die Hauptstadt von derartigen unerwünschten ausländischen Elementen energisch zu säubern. Der in englischer Sprache in Tokio erscheinende und einem Amerikaner gehörende „Japan Advertiser“ erteilte aber diesen Ueberreizungen die richtige Antwort, indem er folgendes schrieb:

„Es ist unwahr, daß die Fremdenkolonie von Tokio eine Brutstätte des Lasters und der Ausschweifungen ist. Was könnte auch Europa und Amerika diesem Lande neues Besseres unmoralischer Praktiken beibringen? Vielleicht neue Methoden, mehr aber nicht. Warum ist Japan in der ganzen Welt berühmt? Wegen seiner Kirshöfen seines Kusuama, seiner Aimonos, Sonnenschirme und seiner Prostituierten, der Weisheit.“

## Das Ende der Kälte zu erwarten?

Tauwetter legt ein.

Der Sonntag, der die Umgebung Berlins in ein einziges großes Winterportlager verwandelte, dürfte vorläufig der Höhepunkt der Eit- und Nodelitätät gewesen sein. Nach den Auskünften der Wetterdienststellen ist nämlich Tauwetter zu erwarten, und die 2 Grad Kälte, die Montag noch gemessen wurden, werden im Laufe der nächsten Tage Wärme-graden weichen müssen. Ein Tiefdruckgebiet, das zurzeit über Island lagert, sendet

warme Luftströme, die in Deutschland der Kälte ein Ende bereiten werden.

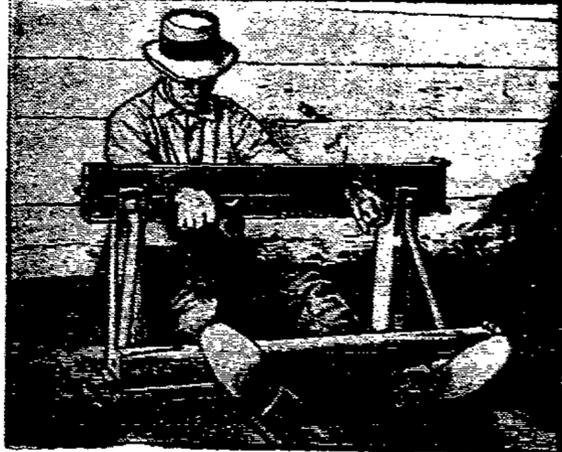
Zunächst dauert sie freilich, besonders in West- und Süd-deutschland, noch an. Seit Sonntag Vormittag ist der Rhein bei Köln in seiner ganzen Breite mit Eiskübeln bedeckt. Auch Mosel, Saar, Nahe und Main führen starkes Treibeis. Wie man aus Saarbrücken meldet, froz die Saar in dieser Nacht zum erstenmal seit einem Jahrzehnt zu. Die Schifffahrt ist durch Eisgang stark behindert.

Auch im übrigen Europa dauert die Kälte fort. In Frankreich ist sie besonders stark. In Paris hält sich die Temperatur nachts auf 0-8 Grad unter Null. Die Seen im Bois de Boulogne und im Bois de Vincennes sind bereits zugefroren. Die niedrigsten Temperaturen herrschen in den Alpen und Vogesen. In Bonneville (Oberalpen) wurden Sonntag 21 Grad und in Remiremont in den Vogesen 20 Grad Kälte gemeldet. Im Département Loire, wo teilweise Schnee bis zu 50 Zentimeter liegt, betrug die Temperatur minus 16, in der Gegend von Chalons sur Marne 15 Grad. Auch an der Riviera halten sich die Temperaturen noch auf dem Gefrierpunkt. Aus ganz Frankreich werden

zahlreiche Todesfälle infolge der Kälte

gemeldet. In Boulogne sur Mer sind fünf Personen auf der Straße zusammengebrochen und gestorben.

Auch in Italien herrscht, wie telegraphiert wird, ungewöhnliche Kälte. In Sondrio wurden zehn Grad, in Piacenza sechs, in Ferrara fünf Minusgrade gemessen. In Neapel und Pisa hält sich das Thermometer auf dem Gefrierpunkt, während Sizilien einige wenige Wärmegrade aufzuweisen hat. In Ungarn haben, wie aus Budapest gemeldet wird, Schneeverwehungen auf mehreren Linien der Staatsbahnen Verkehrsstörungen verursacht. Einige Züge mußten völlig eingestellt werden. Die Temperatur im ganzen Lande bewegt sich zwischen 23 und 28 Grad unter Null. Die Hochebene von Bekisto Polym in der Herzogowina wurde durch einen heftigen Zyklon verweht. Mehrere Dörfer haben großen Schaden erlitten. 30 Häuser wurden umgerissen und viele Dächer abgedeckt. Alle Felder sind überflutet, zahlreiches Vieh ist ertrunken. Der Schaden wird auf eine Million Dinars geschätzt. In Portugal sind zwei Dörfer erfroren.



## Strafvolzug in Südamerika.

In südamerikanischen Gefängnissen sind noch heute Methoden üblich, wie sie Europa im Mittelalter kannte. Neben dem Block oder Pranger, dessen „humane“ Anwendung unter oberes Bild zeigt, ist besonders auch die Schrankstrafe beliebt — der Gefangene wird tagelang in einen schrankartigen Käfig gesperrt, in dem er nur stehen kann. Die Strafe gelangt in Südamerika heute noch stark zur Anwendung, ein Zeichen, wieviel kulturelle Aufklärung dort noch erforderlich ist, nicht zuletzt auch in der Rechtspflege und auf dem Gebiete des Strafvolzugs.

## Flüchtlinge bei Damaskus.

Die Segnungen der französischen Kultur sind in Syrien, besonders in dem durch Granaten teilweise zerstörten Damaskus, vielfach nicht mit dem richtigen Verständnis aufgenommen worden. Der die Flendbilder der Flüchtlinge aus Damaskus sah, wird die Erbitterung der Syrier verstehen können. Die dem Bombardement der Kanonen Serrails entronnenen Flüchtlinge hängen heute in Räumen, die vielfach frühere Ställe waren, zahlreiche andere müssen auf freiem Felde kampieren.



## Ein neues Mittel gegen Arterienverkalkung.

Der in letzter Zeit wiederholt genannte kanadische Arzt Dr. W. J. Mac Donald, der Erfinder eines Verfahrens, das den Zweck verfolgt, durch Einprägung eines der Nadeln entzogenen Extraktes den Blutdruck herabzusetzen, erklärt jetzt, daß er inzwischen ausgezeichnete klinische Versuche angestellt habe, auf Grund deren er Linzen fargen dazu übergehen werde, sein Verfahren in besonders dazu geeigneten Fällen zu erproben. Die Einheitsdosis, die er für den Dauergebrauch festgelegt hat, schwankt zwischen zwei bis

drei Injektionen wöchentlich bis zu einer Einprägung am Tag. Die Injektion in das Muskelgewebe ist nach seiner Erfahrung wirksamer als die in die Blutbahn. Der Extrakt, den er für die Einprägungen verwendet, enthält weder Proteine noch Peptone, dagegen Histamine in verhältnismäßig kleinen Mengen und in größeren Mengen Cholin. Ein Kollege, der an den Arbeiten Dr. Mac Donalds beteiligt war, berichtet, daß das neue Mittel geeignet sei, der Arterienverkalkung vorzubeugen, und daß damit auf dem Weg zur Beseitigung der Gefahren der Schlaganfälle ein tüchtiger Schritt nach vorwärts getan sei.

# Danziger Nachrichten

## Schutz der Natur durch die Kinder.

Ein Erlass des Senats. — Neue zehn Gebote für Kinder.

Der Senat wendet sich in einem Erlass an die Lehrpersonen des Freistaats und bringt folgendes zur Kenntnis: Die immer wachsende Bedeutung des Heimat- und Naturschutzes bedingt die Jugend aller Schularten mehr als bisher im Sinne der Naturdenkmalpflege zu erziehen.

- 1. Liebe und Liebe keine Heimat.
2. Schütze und erhalte, was auf ihr steht und lebt.
3. Meide im Frühling nicht die ersten Käbchen ab und tritt nicht den Acker.
4. Schütze oder lange keine Baeel. Nimm keine Kester aus.
5. Bismehr: Heue sie hänge ihnen im Sommer Nistkästen hin und füttere sie im Winter.
6. Behandle deine Haustiere gut.
7. Müssen Tiere unbedeutend getötet werden, so sei es rasch und schmerzlos.
8. Alte und frange Hunde und Katzen bringe dem Tierasyl.
9. Das alte Pferde und Junghäfen nicht anrufen, bis sie nicht mehr können.
10. Besonders schädlich nicht die Naturhaushälter Messina, Karlsberg, Verbude-Klein-Deidice.

## Schule und Familie.

Genosse Holz spricht im Arbeiter-Bildungsbandstuh.

Im Arbeiterbildungs-Auditorium sprach dieser Tage Gen. Lehrer Holz über „Familie und Schule“. Es ist geschichtlich begründet, eine kulturelle Höherentwicklung der Menschheit zu glauben.

Die heutige Erziehung zum Menschen liegt in den Händen der Familie, die nicht immer für den werdenden Menschen ein Vorbild ist. Zeugnis und Geburt geben noch keine Gewähr für richtige Erziehung des Kindes.

Vortrag über Eignungsprüfungen. Mittwoch, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Technischen Hochschule...

Langfuhr, Saal 101, Hauptgebäude ein Vortragabend Prof. Hochschulpflege Prof. Hans Penning, Langfuhr, spricht über „Die Danziger Eignungsprüfungen für Handwerler, Handel und Industrie“.

## Abgelehnter Protest.

Keine Reaktion in der Sozialpolitik.

Wie wir bereits mitteilten, haben eine Anzahl Arbeitgeberverbände an den Volkstag Eingaben gerichtet, in welchen sie sich gegen den Ausbau der Sozialversicherung wenden.

Mit dieser Eingabe befasste sich der Sozialausschuss des Volkstags in seiner letzten Sitzung. Teilweise war die Eingabe durch die Annahme des Senatsgesetzentwurfes über die Einführung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung als erledigt zu betrachten.

## Messerstecher und Messerschneider.

Eine neue Art von Messerhelden.

Der Mieter Karl F. und sein Bruder Bernhard F., der wegen Messerstecherei verurteilt ist, waren in einem Lokal, Karl war noch mit einem anderen Arbeiter zusammen, mit dem er nicht gut stand.

Seine Mutter mit einem Messer angegriffen. Der Heizer Erich S. in Schildis, der verheiratet ist und eine eigene Wohnung hat, kam in einer Nacht in die Wohnung seiner Mutter.

Das neue Aufsteigen Buchnas. Im Wilhelm-Theater trat am Sonnabend und Sonntag wieder der Danziger Kraftmann Buchna auf. Den Kraftleistungen ging ein Varieteprogramm voraus.

Verantwortlich für die Redaktion Fritz Weber. für literarische Anton Kopen. sämtlich in Danzig. Druck und Verlags von J. Gebel & Co., Danzig.

# Letzte Nachrichten.

Ein mehrfacher Frauenmörder verhaftet.

Denken, den 8. Dezember. Die „Deutsche Morgenpost“ meldet aus Gletwitz: Am Sonntag wurde in der Wohnung des Gelegenheitsarbeiters Josch eine Frau erschossen mit einem Schädelbruch tot aufgefunden.

## Schießerei bei einer Verhaftung.

Am 2. Dezember, gegen 1 Uhr nachts, sollten einige Seeleute vom deutschen Dampfer „Wannabeim“ wegen begangener Ungehörigkeiten und Vergehen durch Schupoamte zur Bezirkswache geführt werden.

St. Albrecht. Neues Geschäftsunternehmen. Einem für die Bewohner der Vorstadt St. Albrecht schon lange gehegten Wunsch ist der Kaufmann Werner-Danzig insofern nachgekommen, daß er in dem Grundstück des Besitzers Paul, Nr. 41, ein Drogeriegeschäft mit dem Firmennamen „St. Albrecht Drogerie“ vor kurzem neu eröffnet hat.

Kathhof. Eine Sitzung der Gemeindevertretung findet am Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Gemeindepark statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a. folgende Angelegenheiten: Die Verteilung einer Wasserleitung von Marienburg über einen eigenen Wasserturm.

Hydes Wein- und Bierstuben. Herr Alexander Czoch in Firma P. J. Hyde & Co., kündigt die Wiedereröffnung der altbekannten Gaststätte, Hundegasse 11, an. In dem malerischen, alten Gebäude mit der schönen hantelartigen Fassade sind in langen Jahren schon Traditionen behaglichster Danziger Gaststättengemütlichkeit gepflogen worden.

## Danziger Standesamt vom 8. Dezember 1925.

Todesfälle: Frau Selma Conrad geb. Michael, 50 J. 1 M. — Witwe Ida Krause geb. Mews, 82 J. 1 M. — Schülerin Hildegard Groß, 11 J. 5 M. — Witwe Karoline Dettlaff geb. Hoppe, 74 J. 6 M. — Buchhalterin Marie von Zahren, 50 J. 9 M. — Gutbesitzer Bronislaus Mania, 36 J. 3 M. — Lechner des Arbeiters Paul Heffe, 2 J. 7 M. — Invalide Albert Jatzewski, 84 J. 7 M. — Tochter des Arb. Franz Trappowski, 2 Tage.

## Wasserstandsberichte vom 8. Dezember 1925.

Table with 3 columns: Location, Water Level, Change. Includes entries for Strom-Weichsel, Krakau, Zawichost, Warschau, Ploca, Thorn, Jordan, Culm, Braudenz, Kurzebrak, Montauerpitze, Dieckel, Dirschau, Einlage, Schwenhorst, Naatz-Wasserfall, Schönau D. P., Balgenberg D. P., Neuborsterbüh, Anwachs.

## Eisbericht vom 8. Dezember 1925.

Im Strome herrscht Eisstreifen in 1/2 bis 3/4 Strombreite bis Kilom. 95,2 (Schweh), weiter bis Schönbaum Eisland mit einer Blänke bei Sansaua. Unterhalb Schönbaum ist der Strom eisfrei. Eisbrechdampfer, mit Ausnahme von „Terie“ und „Welle“, die in Danzig-Krafau liegen, im Einlager Hafen.

„Mundlos“ - Nähmaschinen. unerreicht in Qualität und Ausstattung, langjährige schriftliche Garantie, außerordentlich billige Preise. Gustav Ehms, Spezialgeschäft für Fahrräder u. Nähmaschinen. I. Damm 22-23 (Ecke Breitl.) u. Breitgasse 100. Geerdnet 19-7. Telephon 3478, 3975.

2 leere Zimmer. im Zentrum der Stadt gelegen, mit sep. Eingang, sofort gesucht. Gebl. Angebote mit Preis unter 4952 an die Geschäftsstelle der „Danziger Volksstimme“ erb. Leeres Zimmer mit eig. Kochgebl. in Danzig von kinderlos. solib. Ehepaar zum 1. 1. 26 gesucht. Preis u. 4779 a. d. Exp. der „Volksstimme“.

Deutsche Schäferhündin. 2jährig, treu u. wachf., bill. zu verkaufen. Oberdörmelger Str. 12, Et. II. Schlafzimmer-Einrichtung (elfenbeinfarbig) umständlicher zu verkaufen. Brandenburger Weg 48, 2. Et.

Gebrauchte Mandoline (18 135a) zu kauf. gesucht. Ang. u. 4776 a. d. Exp. d. „Vf.“. Bücher, Sournale sowie Spielzeug kost u. höchst. Preisen. Vik. Graben 65 part. Transport-Ofen zu kauf. gef. Ang. u. 4974 a. d. Exp. d. „Volksst.“. Damengarderobe wird elegant, schnell und billig angefertigt. Pelz-sachen werd. modernisiert. Rosinist, Schwarzes Meer 26, 1. Nähmaschinen repariert. E. Gundhauer, in der großen Straße 1.

Eier, frische Eier. Postleimann. Matergasse 3, Nähe Vikt. Grab. Markt, Tel. 6165. Dort gefügt direkte fämi. Lieferanten dommereller u. Berber-Eier. Damengarderobe wird in 2-3 Tagen elegant u. billig angefertigt. Schüssel-damm 10, 2. (18 106a) Klagen. Reklamation, Testamente Verträge, Berufungen, Gesuche und Schreiben aller Art, sowie Schreibmaschinen-abschreiben fertig. Fachbüro Danzig, Schmelzergasse 18, 1.

Möbl. Zimmer. sep. Eingang, frei. Johannisgasse 67, Eingang 2. Priesterstraße. 2 gut möbl. sonnige Schlafzimmer, m. elektr. Licht u. bel. Eingang zu verm. Haus Nr. 1, 3 Treppen. Zimmer für möbl. junge Leute frei. Hätergasse 8, 1.

